

Kontrolle der Arbeiter und Angestellten, durch die Nationalisierung der Betriebe nach der Verwirklichung der proletarischen Staatsmacht beantwortet werden.

Der Vorwärts schreibt in seiner Abendausgabe vom 5. Dezember: Der Anschlag (der Diktatoren der Schwerindustrie) muß niedergebunden, die Wirtschaftsmacht, die sie gegen das Volk gebrauchten, muß ihren Händen entrissen und ins Eigentum des Volkes überführt werden.

Diese Frage steht vor dem gesamten Proletariat in Deutschland. Sie muß gelöst werden. Wer aber kann die Trübsal der Revolutionen lösen? Nur das Proletariat kann dies im revolutionären Kampf tun. Die Bürgerblockregierung ist Fleisch vom Fleisch der Großkapitalisten. Die Adäner und Thöner, die Deutsche Volkspartei, die Stenens und Konsorten sind die Bundesgenossen der SPD, mit denen sie eine Koalitionsregierung bilden will. Kein Arbeiter wird glauben, daß diese Gesellschaft eine entschuldigungslose Enteignung ihrer eigenen Klasse vornehmen wird. Die sozialdemokratischen Führer glauben dies am wenigsten. Sie wollen nur denerrat mit einer Reihe lausender Phrasen verdecken. Die Arbeiterschaft aber wird sich des Sozialisierungschwinds erinnern,

der nur dazu diene, um sie vom revolutionären Kampf abzuhalten. Diefelbe Rolle soll heute das Geschrei der SPD über die „Ueberführung in das Eigentum des Volkes“ und die Verdrängung auf die Wahlen spielen.

Wir Kommunisten sagen der Arbeiterschaft, die Politik der Trauungsmacht und des Bürgerblocks stellt vor dem gesamten Proletariat immer schärfer die Frage der Machteroberung, der Niederbringung der Bürgerblockregierung und des Kampfes gegen die Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik. Nur im revolutionären Kampf können die Arbeiter die Willkür der Unternehmener überwinden und ihre eigene Kontrolle über die Wirtschaft errichten. Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung wird die revolutionären Maßnahmen der entschuldigungslosen Enteignung und Nationalisierung durchführen. Schärfer denn je muß sich dies jeder Arbeiter heute ins Bewußtsein rufen. Diese Lehre gilt es zum Gemeingut der gesamten deutschen Arbeiterschaft zu machen.

Was aber muß sofort in dieser Stunde getan werden?

Vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft, insbesondere aber vor der Arbeiterschaft Rheinland-Westfalens und Oberschlesiens, steht die Aufgabe, eine geschlossene Front gegen die wirtschaftlichen und politischen Kriegsmassnahmen des Unternehmertums zu bilden.

Trotz aller noch bestehenden Gegensätze müssen sich die Arbeiter zum Kampf gegen die Eisenindustriellen zusammenschließen. Eine energische Vorbereitung für den Eintritt in den Deutschen Metallarbeiterverband und die anderen freien Gewerkschaften muß sofort überall einsehen. Die Betriebsräte müssen in dieser gesamten organisierenden Arbeit die aktivste Rolle spielen. Sie müssen in der ersten Front der Organisierung des Kampfes stehen. In gemeinsamen, alle Arbeiter umfassenden Betriebs- und Massenversammlungen müssen die Delegierten der Hüttenwerke und die übrige Arbeiterschaft über die zu ergreifenden Kampfmaßnahmen aufgeklärt werden. In Verbindung mit den Gewerkschaften müssen die Betriebsräte der einzelnen Betriebe lokal zusammengefaßt werden. Die Arbeiter der Schwerindustrie müssen sich an die übrige Arbeiterschaft um Unterstützung in dem Abwehrkampf gegen das Unternehmertum wenden.

Das Unternehmertum vertritt rücksichtslos keine Klasseninteressen. Die Arbeiterschaft muß dasselbe tun. Die Zeit ist gekommen, wo die Bergarbeiter für ihre Forderungen und zur Unterstützung der Arbeiter in der Hüttenindustrie ebenfalls den Kampf aufnehmen müssen. Die Zeit ist gekommen, wo die Eisenbahner mit elenden Löhnen abgepeißt, der Willkür der Direktionen ausgesetzt unter langer Arbeitszeit stöhnen, sich ebenfalls zum Kampf rufen müssen. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo die Arbeitermassen der deutschen Fertigungsindustrie die steigende Teuerung mit sozialistischen Lohnbewegungen beantworten müssen. Die Zeit ist gekommen, wo die Arbeiterschaft sich des großen Kampfes der englischen Bergarbeiter und des englischen Generalstreiks erinnern muß. Die Arbeiterklasse Deutschlands muß an das Cuno-Regime von 1923 denken. Sie muß sich erinnern, daß die vereinigte Kraft der Arbeiter die Cuno-Regierung zum Teufel jagte. Heute gilt es, dieselben Kräfte zu organisieren, gleichzeitig aber zu verhindern, daß die reformistischen Führer die Arbeiter um die Früchte des Kampfes bringen. Für diese Aufgaben müssen sofort alle Kräfte in Bewegung gesetzt, für ihre Durchführung muß die Arbeit unter den Massen in den Betrieben und Gewerkschaften in Angriff genommen werden.

Nur so können die Betriebsräte und ihre Regierung auf die Knie gezwungen werden.

Nur so kann die Arbeiterklasse vorwärtschreiten!

Der Staatsapparat unterstützt die Unternehmer

Beutales Vorgehen gegen streikende Schiffe

Wohum, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bürgerblockregierung und die preussische Koalitionsregierung unterstützen die Unternehmer im Kampf der westdeutschen Kanalschiffe in unerhörter Weise durch Stellung von Polizei gegen die Streikenden. Mit Hilfe von Polizei hat man bereits die Streikenden aus ihren Wohnungen an Bord der Schiffe herausgetrieben und zahlreiche polizeiliche Verfügungen zur Ermittlung erwirkt, ohne daß den Arbeitern dafür Räume an Land zugewiesen wurden. — Desgleichen werden die über Holland kommenden Erzfähre von harten Polizeikräften begleitet. Einzelne Schiffe hatten eine polizeiliche Begleitmannschaft von 5 bis 15 Mann an Bord. Der Vorwärts appelliert an seine Koalitionsbrüder, den preussischen Wohlfahrts- und Innenminister, sie sollen gegen diese Mißstände einschreiten.

Der Vorwärts will auch hier den Arbeitern erzählen, die Staatsmacht stünde über den Parteien. Mit dieser Märchen-erzählerei versucht der Vorwärts die Arbeiter bei der Abwehr des Industriellenangriffs zu verwirren. Aber gerade die obige Mitteilung zeigt, daß der Staatsapparat auf Seiten der Kapitalisten steht. Das müssen die Arbeiter erkennen. Sie müssen deswegen den Kampf gegen den Staatsapparat aufnehmen, die Bürgerblockregierung beseitigen.

Demokratische Zustimmung zum Mißtrauensantrag gegen den Bürgerblock

Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die demokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, dem eingehenden sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung zuzustimmen wegen ihrer Schulden-, Finanz- und Reparationspolitik.

Litwinow und Chamberlain

Ein Schritt der Friedenspolitik der Sowjetunion — Einstündige Unterredung zwischen Chamberlain und Litwinow

Der sowjetrussische Volkskommissar, Litwinow, hatte an Chamberlain das Gespräch gerichtet, ihm zu einem Besuch zu empfangen. Chamberlain hat den Empfang zugesagt. Es fand dann gestern eine Zusammenkunft zwischen den beiden Staatsmännern statt, die eine Stunde dauerte. Ueber den Verlauf der Unterredung wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben:

„Nachdem Herr Litwinow Sir Austen Chamberlain um eine Unterredung gebeten hatte, fand eine Zusammenkunft zwischen beiden heute nachmittag im Hotel Beauvilliers statt. Die Unterredung gab zu einem freimütigen Meinungsaustausch Gelegenheit, in dem die Beziehungen zwischen den Regierungen Sowjetrusslands und Großbritanniens erörtert wurden. Gleichwohl war es aber nicht möglich, im Verlauf dieser Unterredung zu irgendeiner Grundlage für eine Vereinbarung zu gelangen.“

Weitere Meldungen liegen darüber nicht vor, da weder Litwinow noch Chamberlain sich weiter äußerten. Jedoch wird die Auffassung vertreten, daß die Unterredung die Grundlage zu neuen Verhandlungen geschaffen hat und daß eine baldige Wiederherstellung der Beziehungen bevorsteht.

Die Initiative zu dieser Verhandlung ging von Litwinow aus. Die Sowjetunion betont ihre Friedenspolitik durch diesen Schritt erneut. Trotz der Provokation, die von England gegen die Sowjetunion durchgeführt wurde, hat Sowjetrussland diesen Schritt unternommen. Der Kampf um den Frieden, das ist der wichtigste Schritt, den die Russen für sich erheben. Ganz konsequent liegt dieser Schritt in der Linie der Abrüstungsvorschläge. Litwinow hatte für diesen Schritt Informationen aus Moskau eingeholt. Nach diesen Anweisungen erfolgte dann die Durchführung des Schrittes.

Der Unterredung mit Chamberlain ging eine Unterredung mit Briand und Stresemann voraus. Ueber diese Unterredung erklärt die russische Agentur: Briand versicherte Litwinow, daß das Mißverständnis im Zusammenhang mit der Katschik-Affäre als endgültig beigelegt betrachtet werden kann, und daß von einer Unterbrechung der Beziehungen zwischen Frankreich und Sowjetrussland keine Rede sein kann. Nach der Ankunft des neuen Botschafters in Paris werden die Verhandlungen wegen der Schulden und der Kredite wieder aufgenommen werden, ebenso auch die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt. Die beiden Staatsmänner haben auch den polnisch-litauischen Konflikt besprochen, wobei alle beide die Notwendigkeit der sofortigen Einstellung des Kriegszustandes zwischen Litauen und Polen anerkannt haben. Auch andere Probleme internationaler Art wurden besprochen.

Das Gespräch mit Stresemann hat sich ebenfalls hauptsächlich um die polnisch-litauische Frage gedreht, und um die Notwendigkeit der Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den beiden Ländern. Die Unterredung verlief sehr herzlich und freundschaftlich, wobei Litwinow den Standpunkt der Sowjet-

regierung zum Ausdruck brachte, wie er in den Notizen der Sowjetregierung an Polen und Litauen bereits niedergelegt worden war. In dem Gespräch wurde weiter festgestellt, daß über diese Frage keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Regierungen bestehe.

Das klagliche Ende des Abrüstungsschwinds

In der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz machte Benech bekannt, daß der Sicherheitsauschuß am 20. Februar zusammentreten solle. Litwinow brachte folgenden Antrag ein:

„Die Abrüstungskommission beschließt, daß eine sofortige Weiterführung der Abrüstungsarbeiten stattfinden soll und die Abrüstungskommission zum 10. Januar 1928 einberufen werden soll. Die Abrüstungskommission weist hierbei einerseits auf den komplizierten Charakter der Probleme hin, die jetzt vor dem Sicherheitsauschuß anstehen sind, und auf die unermessliche Langsamkeit, mit der diese Arbeiten durchgeführt werden.“

Andererseits gewährt die Lösung des Abrüstungsproblems die genügenden Garantien für die Sicherheit und erfordert infolgedessen keineswegs eine Diskussion, noch eine Lösung der Gegenprobleme, die jetzt im Sicherheitsauschuß zur Verhandlung gelangen sollen. Aus diesem Grunde beschließt die Abrüstungskommission, daß weder die Behandlung der Abrüstungsprobleme, noch das Datum des Zusammentritts der Abrüstungskommission in irgendeiner Weise von den Arbeiten des Sicherheitsauschusses und deren Resultaten abhängig gemacht werden darf.“

Der deutsche Vertreter Graf Bernstorff schloß sich zuerst diesem Antrag an, machte dann aber, als sich der gesamte Ausschluß dagegen erhob, einen Rückzug. Er verzichtete auf die Festlegung des Datums und verlangte nur, daß die Abrüstungskommission so bald als möglich zusammentrete. D diesem Vorschlag schloß sich dann auch der schwedische Vertreter an.

Als Vertreter für die Imperialisten trat dann der französische Sozialdemokrat Paul-Boncour auf, der verlangte, daß die Bestimmung des Datums dem Bureau überlassen bleibe. Auf Anfrage des deutschen Gesandten erklärte dann Louden, das Bureau wolle eine Zusammenkunft zum 15. März. Litwinow wendete sich gegen diesen Vorschlag. Der deutsche Gesandte erklärte, er sei einverstanden mit dem Datum für den Zusammentritt der Abrüstungskommission, wenn festgelegt werde, daß die Abrüstungskonferenz noch im Jahre 1928 stattfinden. Der Vorschlag wurde mit Gelächter aufgenommen. Louden erklärte, die Sicherheit dafür nicht übernehmen zu können. Das Datum für den Zusammentritt der Sicherheitskommission wurde dann auf den 20. Februar festgelegt.

Dieser Verlauf der Konferenz zeigt ganz deutlich, daß die Imperialisten nie eine Abrüstung durchführen. Die Manöver sind einmal gründlich entlarvt.

Die Leipziger Tabakarbeiter setzen den Kampf fort

Berlin, 6. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Berichterstatter des Lokalanzeigers bringt folgende Meldung aus Leipzig: „Die Leipziger Tabakarbeiter nahmen Stellung zu dem Schiedsspruch, der im Reichsarbeitsministerium in der Angelegenheit des Streiks im Tabakgewerbe gefällt wurde. Die Leipziger Tabakarbeiter lehnten diesen Spruch ab und stimmten mit 342 gegen 31 Stimmen für ein Ausbleiben im Streik. Da der Streik im Tabakgewerbe von Leipzig aus seinen Anfang nahm, wird auch diese Entscheidung der Leipziger Tabakarbeiter grundlegende Bedeutung für die Haltung der anderen Arbeiter in allen Teilen des Reiches haben.“

Eisenbahnerstreik im Gaargebiet

9000 Eisenbahner im Kampf

Tu, Saarbrücken, 6. Dezember. Die Streiklage bleibt unverändert, da Einigungsverhandlungen bisher von keiner Seite angebahnt worden sind. Es befinden sich annähernd 9000 Eisenbahner im Streik. Der Güterverkehr ist auf das äußerste eingeschränkt. Die Feuerwehren sind aufgerufen worden, sich bei eintretendem Schneefall zur Straßenreinigung bereitzustellen.

Stegerwald gegen die Beamtenbeförderungsreform

Berlin, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

In Münster hielt der christliche Gewerkschaftsführer Stegerwald eine Rede, in der er sich sehr scharf gegen die unteren und mittleren Beamten wandte. „Die Reichsregierung hat weder nach innen noch nach außen die Folgen ihrer Beamtenbeförderungsaktion ausreichend übersehen. Die Lage der Länder, Gemeinden, Dampfabahn und der Reichspost kann eine Erhöhung der Beamtengehälter nicht ohne Steuer- und Tarifierhöhungen ertragen. Anherdem müßte dann auch eine Erhöhung der Invalidentrenten und Bezüge der Angehörigenversicherung erfolgen.“ Damit beendete der christliche Gewerkschaftsführer seine Uebereinstimmung mit den großindustriellen Scharfmachern und der Bürgerblockregierung.

Selbstmord eines sozialdemokratischen Redakteurs

Der frühere Polizeipräsident von Magdeburg und jetzige Redakteur der Illustrierten Reichsbannerzeitung, Kurt Richter, hat sich am Sonnabendvormittag erschossen. Die sozialdemokratischen Zeitungen schreiben, Richter habe den Freitod in einem Anfall seelischer Depression unternommen. Wir haben vorläufig noch keine Ursache, diese Darstellung zu bezweifeln. So lange wir kein Urteil über eine andere Ursache vorliegt, lehnen wir die unfaire, geschäftige Methode der SPD, ein politisches Geschäft aus diesem Selbstmord zu machen, ab. Die SPD schrieb bekanntlich bei einigen in der letzten Zeit eingetretenen Selbstmorden kommunistischer Mitglieder, daß die Politik der KPD schuld an diesen Vorgängen sei. Wir könnten auf Grund der Befreiungsmeinungen im Reichsbanner, der Bankrottspolitik der SPD sehr leicht die gleichen Folgerungen ziehen.

Verboten!

Die Behörden der Hindenburg-Republik haben den Arbeiter-Wandkalender 1928 verboten. In der Buchhandlung wurden 20 Exemplare beschlagnahmt.

Der Arbeiter-Wandkalender enthält eine Anzahl photographischer Darstellungen über Kämpfe der Staatsmacht gegen die Arbeiter. Wegen dieser Darstellungen wurde der Kalender verboten. Die Bourgeoisie will nicht, daß die Arbeiter das tatsächliche Vorgehen der kapitalistischen Staatsmacht gegen die Proleten erkennen. Die Arbeiter müssen die sofortige Freigabe des Wandkalenders verlangen.

Vom Tage

Selbstmordversuch fünf Jugendlicher in Berlin

II, Berlin, 6. Dez. Wie die Morgenblätter berichten, versuchten am Montag in Charlottenburg fünf Jugendliche, davon zwei Mädchen und drei Jungen, sich gemeinsam mit Leuchtgas zu vergiften. Dank der Aufmerksamkeit eines Hausbewohners konnten die Lebensmüden noch im letzten Augenblick gerettet werden. Ueber die Motive der Tat ist man noch im unklaren.

Schweres Brandunglück — Drei Kinder erstickt

Id, Halle, 4. Dezember. Im Hinterhaus eines Grundstücks entstand in der Nacht zum Sonnabend ein Stubenbrand. Eine Frau verließ mit ihrem Schwager die Wohnung, um ihren Mann von der Arbeitsstelle abzuholen. Vor dem Gehen hängte sie eine kleine Petroleumlampe, leicht brennend, an den Türpfosten. Als das Ehepaar nach Hause kam, fand es die Stuben brennend vor. Die Petroleumlampe war explodiert. Einige Kleidungsstücke und der Türpfosten gingen in Feuer. Durch die starke Rauchentwicklung erstickten die beiden in dem Zimmer schlafenden Kinder des Ehepaares, ein dreijähriges Mädchen und ein siebenjähriger Knabe. Auch ein dreijähriges Mädchen des Schwagers, dessen Frau vor einiger Zeit gestorben war und der das Kind hier mit untergebracht hatte, ist erstickt.

Ein Lastauto vom Zuge überfahren — 2 Tote 4 Verletzte

Id, Halle, 4. Dezember. Am Freitag vormittag überfuhr ein D-Zug auf der Straße Berlin — Bitterfeld — Leipzig am Ueberweg des Haltepunktes Muldenstein bei Bitterfeld bei offener Schranke ein Lastauto. Der Führer und der Begleiter des Autos wurden getötet. Das Lastauto wurde vollständig zertrümmert. Beide Jugolomotoren sind durch Explosion des Benzintanks des Autos beschädigt worden. Durch die Explosion wurden ein Lokomotivführer und ein Heizer schwer, ein Lokomotivführer und ein Heizer leicht verletzt. Die Schuld an dem Unglück trägt vermutlich der diensthabende Schrankenwärter.

Verkehrshinderung durch Lokomotiventgleisung

Id, Plauen, 5. Dezember. Als am Sonnabend abend der Erzkzug 1012, der gegen 20 Uhr in Schönberg i. N. eintraf, die Maschine umwechseln wollte, um den Leerzug wieder nach Plauen zu bringen, entgleiste die Maschine in der Einfahrtsweiche und versperrte beide Gleise, so daß der Verkehr vollständig gesperrt war und durch Umsteigen aufrechterhalten werden mußte. Ein aus Hof bald nach dem Unfall eingetroffener Hilfszug hatte bis Mitternacht die Eingleisungsarbeiten so weit beendet, daß der Betrieb einseitig durchgeführt und die D-Züge Berlin — München und umgekehrt ohne Störung weitergeleitet werden konnten. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen.

Schweres Autounglück bei Rothenburg o. d. Tauber

II, Rothenburg, 5. Dezember. Bei Gammelsfeld in der Nähe von Rothenburg überschlug sich heute an einer Kurve das mit sieben Personen besetzte Automobil eines Unternehmers von Rothenburg. Sämtliche Insassen wurden mehr oder weniger schwer verletzt, während das Automobil vollständig zertrümmert wurde.

Eisenbahnunglück bei St. Quentin

II, Paris, 4. Dezember. Einer Unruher Meldung zufolge entgleiste heute vormittag hinter St. Quentin der Schnellzug Lyon — Grenoble. Der Gepäckwagen und vier Personenwagen stürzten um. Die drei Kohlenwagen fielen in einen vier Meter tiefen Abgrund. Nach den bisherigen Feststellungen wurden drei Personen verletzt.

Cholera in Tibet

II, Peking, 5. Dez. Aus Urga wird gemeldet, daß in Tibet die Cholera ausgebrochen ist. 9 Menschen sind ihr bereits zum Opfer gefallen.

Voraussetzliches Wetter am 6. und 7. Dezember: Flachland meist stark bewölkt, Temperaturen um Null; nur örtlich schwache Nachfröste, Temperaturen am Tage ansteigend. Gebirge: Noch Kältegrade, höhere Lagen zeitweise Nebel. Schwache südliche bis südöstliche Winde, sonst wie Flachland.

Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten

Von Fritz Rüd.

Die dreitägige Reichstagsdebatte über die Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks ist zu Ende. Ihr Ausgangspunkt war die Beratung einer sozialdemokratischen Wirtschaftsinterpellation, ihr Abschluß eine Rede Hilferdings, der sich so sehr als Vertreter des Schicksals betrachtet, als den Vertreter der gesamt-kapitalistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie, daß sein Loblied auf den kapitalistischen Wiederaufbau „unserer“ Wirtschaft, sein Plädoyer für die Kreditfähigkeit Deutschlands auf dem internationalen Kapitalmarkt, seine Klagen für Finanzminister Köhler und Reichsbankpräsident Schacht als ihrer „Schwarzmalerei“ und Untergrabung des deutschen Kredits sich zu dem Gesamteindruck verdichteten; der kommende Finanzminister der Großen Koalition meldet seine Ansprüche auf die Führung der Geschäfte der Bourgeoisie an. Nach dieser Rede bleibt von dem angekündigten Kampfe der Sozialdemokratie gegen den Bürgerblock auch nicht einmal der Schein übrig, das Mißtrauensvotum der SPD ist eine belanglose agitatorische Geste, der ganze Streit zwischen ihr und dem Bürgerblock ist auf die Basis gehoben: wer belagert besser die politischen Geschäfte des Großkapitals in Deutschland, die Deutschnationalen oder die SPD? Und man muß wirklich sagen, daß Hilferding die größten Aussichten hat, diesen Wettbewerb zu gewinnen. Wie bereits in Kiel, hat Hilferding auch in dieser Debatte den Reformismus zum logischen Ende durchgeführt, er, der Finanzminister des ersten Streikmann-Kabinetts, verzichtete auf jede soziale Fragestellung, in seiner Rede war kein Platz für die Forderungen der Arbeiterklasse, für ihren Kampfwillen gegen das Trustskapital und den Bürgerblock, die starken Worte, mit denen Aufhäuser am Anfang seiner Rede gegen die Sozialpolitik des Bürgerblocks aufwartete, sind der notwendigen Rücksichtnahme auf die Galerie geschuldet, in Hilferdings Rede war für sie kein Raum mehr. Denn seine Rede richtete sich ausschließlich an die bürgerlichen Koalitionspartner von gestern und morgen, die die Rede Aufhäuser, die doch auch schon den gedämpften Trommelklang einer Opposition enthielt, deren Inhalt der Drang nach der staatlichen Futtertruppe ist, hatte den Zweck, den arbeitenden Massen den wirklichen Sinn der sozialdemokratischen Interpellation zu verschleiern. „In wesentlichen Teilen sind wir mit dem Reichswirtschaftsminister einverstanden“, erklärte Hilferding und betonte besonders nachdrücklich, wie seine Partei im Haushaltsausfluß versucht habe, mit Curtius und Schacht ein Einverständnis zu erzielen.

Bezeichnend für die heutige Stellung der Sozialdemokratie zum kapitalistischen Staate, für ihre positive Mitarbeit am kapitalistischen Wiederaufbau auf Kosten der Arbeiter — denn einen anderen kapitalistischen Wiederaufbau gibt es nicht, und gerührt verzichtete Hilferding die positiven Erfolge der Rationalisierung — war die Tatsache, daß er bei einem Vergleich des Wirtschaftsaufbaues in Sowjetrußland mit Deutschland kein Wort über die soziale Struktur beider Länder verlor, den sozialistischen Charakter dieser Aufbauarbeit in der UdSSR glatt unterschlug und andererseits die Eingliederung Deutschlands in die kapitalistische Weltwirtschaft feierte.

Und diese offene Verkündigung der Sozialdemokratie, daß sie hundertprozentig bereit ist, an der Führung der Regierungsgeschäfte teilzunehmen, erfolgte nach einer Reichstagsdebatte, in der die Vertreter der bürgerlichen Parteien, mit denen Hilferding die Sorgen um das Wohl der kapitalistischen Wirtschaft teilt, offen eine Verhärterung der auf Kapitalvermehrung der wertvollen Massen gerichteten Bürgerblockpolitik ankündigen. Die einzige Steuer, die der Reichswirtschaftsminister nannte und die er befreitig wolle möchte, ist die Kapitalertragssteuer; der Reichsarbeitsminister betonte, die Sozialpolitik sei nicht mehr

heiligungsfähig; die Agrarier verschiedener Parteien jammerten über die Notlage der Landwirtschaft — nicht der kleinen Bauern natürlich —, was den Appetit auf weitere Preiserhöhungen ankündigt; die Löhne der Arbeiter wurden von den Industriellen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei als völlig ausreichend bezeichnet, eine Teuerung sei nicht vorhanden.

Nur der Redner der kommunistischen Partei, Genosse Koenen, zeigte den volksausplündernden Charakter der Bürgerblockpolitik, den goldenen Dindendentregen, die Profitpreise der Nationalisierung. Er forderte die wertvollen Massen in Stadt und Land zum härtesten Kampfe gegen den Bürgerblock, zum außerparlamentarischen Aufmarsch gegen die großkapitalistische Interessenpolitik, zum Sturz der Bürgerblockregierung auf. An die Sozialdemokratie richtete Genosse Koenen die Frage, ob es ihr mit dem angekündigten Kampfe gegen den Bürgerblock und seine Politik ernst sei, die Gewerkschaften hätten dann die Pflicht, alle Kräfte einzusetzen zur außerparlamentarischen Mobilisierung der Arbeitermassen zum Sturz des Bürgerblocks.

In keiner Rede gab Hilferding die Antwort. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, einen ernsthaften Kampf gegen den Bürgerblock zu führen. Sie ist mit der Wirtschaftspolitik des Großkapitals „im wesentlichen“ einverstanden, sie will diese Politik selbst mit durchführen. Und sie stellt den Mann auf die Tribüne des Reichstages, der es im Untertone so weit gebracht hat, daß zwischen ihm und dem Reichswirtschaftsminister der Industriellen nur kleine Nuancen bestehen, unwesentliche Unterschiede taktischer Natur, Verschiedenheiten über die Art, wie man die internationalen Kontrollen der deutschen Wirtschaft behandeln soll.

Wenn Hilferding am Schluß seiner Rede die Abrechnung der Wähler mit der Politik des Bürgerblocks forderte, so muß

man dem hinzufügen; sie muß auch zu einer entschiedenen Abrechnung mit denen führen, die die revolutionäre Bewegung in Deutschland niederzuschlagen im Interesse der Bourgeoisie, die dem Bürgerblock die Wege geebnet haben durch ihre Unterstützung des kapitalistischen Wiederaufbaues, die jetzt bereit sind, die Bürgerblockpolitik „im wesentlichen“ genau so durchzuführen, wie der jetzige Bürgerblock selbst; die Sozialdemokraten. Die Antwort auf die Frage der kommunistischen Partei an die Sozialdemokratie, die Hilferding verneinte, wird anders ausfallen aus dem Munde der Arbeiter, die bisher noch geglaubt haben, daß es der SPD ernst ist mit ihrem Kampfe gegen den Bürgerblock. Sie werden Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Klassenkämpfern gegen die Herrschaft des Trustskapitals in Deutschland, gegen den Bürgerblock und seine freiwilligen Helfer, die Führer der deutschen Sozialdemokratie.

Die Zuckerbrote steigen!

Die großagrarische Deutsche Tageszeitung meldet am 30. 11.: „An den deutschen Verbrauchsmärkten lehte sich im Verlaufe des Monats die etwas lebhaftere Gestaltung des Verkehrs fort und die Preise konnten um 25 bis 30 Pf. für den Zentner aufgebessert werden.“

Am selben Tage begann in Berlin eine Zuckerkonferenz, die in Fortsetzung der Pariser Verhandlungen Maßnahmen zur weiteren Preisverhöhung beschließen soll. Die Volksliche Zeitung vom 30. 11. bemerkt dazu, es sollen Verträge zur Einschränkung der Zuckerproduktion abgeschlossen werden, und erklärt:

„Nach den bisher bekanntgewordenen Absichten handelt es sich um die Errichtung eines internationalen Produktionskartells, das offensichtlich eine preistreibende, aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch eine preistreibende Wirkung haben wird.“

Der Zuckerkonsum der arbeitenden Massen in Deutschland entspricht ohnedies nicht dem Erforderlichen, oder — Hungertieren noch enger schnallen, ist die Parole des neudeutschen Imperialismus für die Wertvollen.

Großagrarier fordern Milliarden-Subventionen

H.R. Der großagrarische Landbund fordert vom Reich eine Ausfallbürgschaft im Gesamtbetrag von „nur“ 2 Milliarden Mark zur Umwandlung kurzfristiger Personalkredite in eine langfristige Form auf die Dauer von 10 Jahren. Ferner sollen auf 5 Jahre je 200 Millionen Mark, also insgesamt 10 Milliarden Mark zur Zinsverbilligung bewilligt werden. Der Landbundsabgeordnete Schlangel-Schönungen hat einen entsprechenden Gehörwunsch ausgearbeitet. Nachdem in sozialdemokratisch-deutschnationaler Einigkeit den arbeitenden Massen die Davesalsten aufgebildet sind, kommt es auf einige Milliarden Mark mehr auch nicht mehr an. Natürlich sind obige Forderungen noch lange nicht alles. Die 100 Millionen jährliche Subvention für die großagrarischen Schnapsfabrikanten sollen auch erhöht werden. Daneben gibt's noch eine Reihe kleinerer Forderungen, z. B. 25 Millionen Mark zur Bezahlung der Rentenbankschulden für die Großbauern und Junker und dergleichen mehr. Nur immer großzügig, wenn an die Großen Geschenke gemacht, und den Arbeitern, Angehörigen und wertvollen Bauern die Steuern dafür aufgeschuldet werden sollen. Der „Schlesische Landbund“ vom 20. Oktober hat durchaus recht, wenn er sagt, die Mittel „müssen durch erhöhte Steuern aufgebracht werden; anders geht es gar nicht“. Er hat recht; daran ändern „alle Versprechungen und schönen Worte“ nichts.

Der Landbund geht im Hinblick auf die Wahlen damit freiben, daß die geforderten Milliarden den wertvollen Bauern zugute kommen sollen. Dazu hat ihm der Vorwärts wie gewöhnlich Beifall geleistet, indem er am 6. Oktober schrieb:

„Die Neuverteilung ist besonders hoch bei den größeren Betrieben, die aber vorzugsweise die niedriger verzinsten Hypothekendarlehen erhalten haben. Sie ist relativ niedriger bei den Klein- und Mittelbetrieben, die dafür aber mit den höheren Zinsen für Personalkredite belastet sind.“

Auf solche vollkommen mit den Tatsachen im Widerspruch stehenden Darlegungen des Vorwärts kann der großagrarische Landbund eine wohlbedachte Agitation und Propaganda für seine Milliardenforderungen aufbauen. Wenn es wahr wäre, daß die wertvollen Bauern die Personalkredite innehaben, dann würde in der Tat die Landbundsforderung nach 2 Milliarden Ausfallbürgschaft den Bauern zugute kommen. Tatsache ist aber, daß die Personalkredite zum weitaus größten Teil den „kreditwürdigen“ Großagrarern und ihren Gesellschaften und Banken gegeben sind, während die größere Hypothekenschuld auf den Wirtschaften der wertvollen Bauern lastet. Falls es es auch, zu behaupten, daß für Hypothekendarlehen geringere Zinsen als für Personalkredite zu zahlen sind, im letzten Jahre war es meist umgekehrt.

Die Forderung des Landbundes nach 2 Milliarden Ausfallbürgschaft zur Umwandlung der Personal- in langfristige Kredite kommt fast ausschließlich den Großbauern und Junkern zugute!

Das muß nun auch der Vorwärts vom 22. 11. zugeben, wobei er allerdings die Frage der Verschuldung der Landwirtschaft wieder in ganz falschem Lichte darstellt. Nach seiner Darstellung geht es den Klein- und Mittelbetrieben leidlich gut, während die Großbetriebe die Hauptträger der Verschuldung sind. Der Vorwärts unterscheidet nicht zwischen Personalkrediten und Gelantoverschuldung. Erhöhere betragen laut Institut für Konjunkturforschung 2,4 Milliarden von insgesamt 12,7 Milliarden Gelantoverschuldung. Der Hauptträger der Gesamtverschuldung sind die bäuerlichen Betriebe, nur die Personalkredite entfallen hauptsächlich auf die Großlandwirtschaft und ihre Organe. Eben deshalb fordert der Landbund nicht z. B. Streikung der auf bäuerlichen Betrieben lastenden 1 1/2 Milliarden Mark Rentenbankgrundschuld, Rückgängigmachung dieser entschuldigungslosen Bauernemteignung, sondern er stellt Forderungen in bezug auf Personalkredite und zahlt damit deutlich, daß er Liebesgaben für die Großbauern und Junker will, wofür auch der Klein- und Mittelbauer dann erhöhte Steuern bezahlen soll.

Nun noch einige Worte zur Zinsverbilligung. Die Zinsnechtigkeit der wertvollen Bauern ist gewiß ein Skandal. Für die fetten Profite der Geldgeber, der Bankhorden, Industriellen und Agrarkapitalisten muß der Bauer enorme Zinsen bezahlen. Die Hypothekenbank in Weimar z. B. verlangt, wie uns ein Thüringer Mittelbauer mitteilt, 10 Prozent Zinsen auf eine an erster Stelle, also sichergestellte Hypothek von 2500 Mark. Das wird als ein durchaus „normaler“ Zins bezeichnet. Daß hier eine ganz gewaltige Zinsverhinderung nottut, braucht nicht erst begründet zu werden. Wäre es den Kapitalisten ernst mit einer Hilfe für die wertvolle Bauernschaft, dann müßten sie umindeck diese hohen Zinsen abbauen, die Zinsnechtigkeit der Bauern wenigstens mildern. Daran denken sie aber nicht, sie haben in letzter Zeit die Zinsen erhöht. Der Landbund will jetzt eine noch größere Belastung aller wertvollen Schichten, um für sich große staatliche Subventionen zu sichern. Dieses Spiel muß den Herren das wertvolle Volk in Stadt und Land gränzlich verderben, muß in gemeinsamer Front das Joch abschütteln.

In Sowjetrußland ist diese Zinsnechtigkeit längst beseitigt, dort haben die Arbeiter und Bauern den Kapitalisten die Banken entzissen und in ihre eigene Hand genommen. Eine wirkliche Hilfe für die wertvolle Bauernschaft, die Befreiung aller Wertvollen vom kapitalistischen Joch können wir nur erreichen, wenn wir in gemeinsamem Kampfe das Joch zerbrechen, auf das unsere russischen Brüder mit Stolz zurückblicken können, wenn auch wir eine Arbeiter- und Bauernregierung uns schaffen.

Verantwortlich für den Dresdner und Ostfahrenteil: Bruno Goldhammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Koenen, „Vowog“, Druckerei, filiale Dresden.

Riefen-SPD-Korruption im Gaulekreis

Unter dieser Überschrift veröffentlicht unser Bruderblatt in Halle, „Der Klassenkampf“, eine Reihe aufsehenerregender Artikel, die sich mit Vorgängen auf dem Landratsamt des Saalkreises in Mitteldeutschland befassen, an denen fast durchweg Sozialdemokraten, aber auch einige Deutschnationalen beteiligt sind. Es handelt sich um Dinge, die teilweise schon seit Jahren laufen und die schwerste Schädigung vor allem des Gedankens der kommunalen Regie mit sich geführt haben. So wird über die Schludermirtschaft bei einer Kommunal-Mühle, der sogenannten Döllnicher Mühle, berichtet, die einen Sozialdemokraten zum Leiter hatte, der plötzlich stillschweigend seines Postens enthoben wurde. Ferner wird über korrupte Personalpolitik gesprochen, die sich dahin bewegte, daß der sozialdemokratische Landrat Müller seine Parteigenossen, auch wenn sie in jeder Beziehung vollkommen unfähig waren, an leitende Stellen hängerte. In einem Fall, wo es sich aber wirklich einmal um ein fähiges Mitglied der SPD handelte, lehte Müller es aus persönlichen Gründen ab, daß dieses Mitglied seine Stelle verließ und eine Abfindungssumme von 12 000 M. aus Kreismitteln erhielt. Es handelt sich um die ehemalige Kommunalratsrätin Dr. Gertrud Nachmann. Den Hebel zur Aufdeckung der Korruptionsfälle bildete die fristlose Entlassung des sozialdemokratischen Kreisbaumeisters Pöckert, weil dieser den Verbleib von etwa 82 000 M. nicht nachweisen konnte, die auf Rechnung eines Baues der Kreisbank des Saalkreises gingen. Hinzu kommt noch eine Reihe von Wohnungsgesellschaften, die mit Willen des Landrats ausgeführt wurden und an denen u. a. der deutschnationalen Regierungsausschütze Tietze, die rechte Hand des sozialdemokratischen Landrats Müller, beteiligt ist.

Statt nun die Wurzeln des Korruptionsherdes bloßzulegen und gegen den politisch verantwortlichen Landrat Müller vorzugehen, wurde von dem Regierungspräsidenten Gröhner, der bekanntlich ebenfalls Sozialdemokrat ist, der Spiegel umgedreht und gegen das kommunistische Kreisausfallmitglied Wollmann das Disziplinarverfahren unter sofortiger Enthebung von seiner Funktion angeordnet. Gleichzeitig versucht man durch Vernehmung aller möglichen Funktionäre der SPD herauszubekommen, wer dem „Klassenkampf“ das Material, dessen Richtigkeit niemand zu bestreiten mag, hat zukommen lassen. Der Feldzug Gröhners gegen die SPD hat aber keinen Erfolg gezeigt. Im Gegenteil, mehr denn je wird in der Öffentlichkeit darauf gedrungen, daß alle Einzelheiten der SPD-Korruption ans Tageslicht kommen.

Ein interessanter Moment ist hier noch zu erwähnen. Gröhner, der eine Zeitung in Jüttschke mit dem Stahlhelmhauptling Dürkerberg aus Halle lag, hat vor wenigen Tagen vor Gericht mit diesem einen Vergleich geschlossen, der

einem Bürgerfrieden zwischen SPD und Stahlhelm während der Zeit der Wahlvorbereitungen gleichkommt. Beide leben in der kommunistischen Partei, in der revolutionären Arbeiterpartei Mitteldeutschlands ihren Hauptfeind. Eben erst ist das dreimonatige Demonstrationsverbot für unsere halleische Ortsgruppe, das Gröhner verkündet hatte, abgelaufen. Das Disziplinaverfahren und alle sich daran anschließenden Rationierungen dieses sozialdemokratischen Schülers des bürgerlich-kapitalistischen Staates stellen eine neue Phase im Kampf gegen die Arbeiterschaft bedeuten.

Zur Abwicklungskonferenz.



Englische Lants.

Lenin: Sämtliche Werke

Einzige vom Lenin-Institut in Moskau autorisierte Ausgabe

An alle Abonnenten bereits ausgeliefert: Band 13, „Materialismus und Empirio-kritizismus.“

Subskriptionseinladung auf Band 20, „Die Revolution von 1917“, vom Februar März bis zu den Julitagen. Etwa 600 Seiten. — Subskriptionsfrist endet am 20. Dezember.

Subskriptionspreis für die Volksausgabe beziffert RM 5.— in Leinen RM 6,50

Nach dem 20. Dezember Preisverhöhung um etwa 33 Prozent.

Subskriptionen nehmen entgegen alle Literaturoffizien, Buchhandlungen oder direkt der Verlag für Literatur und Politik, Berlin SW. 48, Friedrichstraße 223.

Aus dem Dresdner Stadtparlament

Die Kommunisten fordern den Achtstundentag für die Straßenbahner — Das hilflose Parlament mit seinem hilflosen Vorsteher blamiert sich — Der reaktionäre Rat hat zu verschwinden!

Schon sagte das Dresdner Stadtparlament, um — wie es ja hieß — die letzte unangearbeitete Tagesordnung aufzuheben. Ueberflüssig zu sagen, daß es nur bei dem Versuch geblieben ist. Von den 18 Punkten wurden knapp die Hälfte „erledigt“. Eine volle Stunde aber schlugen die gerissenen und erfahrenden Praktiker des Parlamentarismus sich um die Ohren mit einer einfachen Abstimmung. Und das Ergebnis? Die Ratvorlage — betr. Errichtung eines Bades in Johannstadt — wurde angenommen und ein Gutachten, das die Ratvorlage ablehnt, wurde auch angenommen. Faktisch war also nichts beschlossen worden. Zwar hatte Genosse Helm vor der Abstimmung den Parlamentarier gelehrt, wie die Abstimmung geschehen müßte — jeder Punkt hätte sich halt, so gut er kann, Stadtverordnetenvorsteher und Stadtparlament tun es auf ihre Weise. Bei einem anderen Punkt hatten sie allerdings die Situation etwas eher verfaßt: nämlich, als es um die Erörterung der Bezüge des Bürgermeisters aus der Günt-Stiftung ging. Um der peinlichen Diskussion aus dem Wege zu gehen, beschloß sie, erst in geheimer Sitzung zu beschließen, ob der Punkt in öffentlicher Sitzung behandelt werden soll. Das schlechte Gewissen, gepaart mit der Angst vor der Bloßstellung, ließ die Bürgerlichen nach dem Strohhalm greifen.

Vergebliche Mühe! Die Kommunisten werden die öffentliche Behandlung dieses standstilligen Zustandes zu erzwingen wissen! Gelegenheit zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten gab der Antrag unserer Fraktion auf Auflösung des reaktionären Rates. Bei Behandlung dieser Frage legten Kösch und seine Fraktion eine Kernnote an den Tag, die auch dem Unparteiischen zeigte, wie unangenehm der SPD diese scharfe aber lautiiche Aussprache war. Würde unmotivierte Zwischenrufe oder betretenes Schweigen war die Antwort der SPD. Dies beweist nur, wie schwach die Sozialdemokraten sich selber fühlen! Die getriggte Sitzung hat wieder einmal den Arbeitern die grundsätzliche Verschiedenheit der KPD von allen anderen Parteien gezeigt.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt der Stadtverordnetenvorsteher den Tod des Demokraten Dr. Jehle mit und widmet ihm einen ehrenden Nachruf. Dr. Jehle war zweifelsohne einer der fähigsten aber auch gerissensten Vertreter des Dresdner Bürgerturns.

Die Kommunisten fordern den Achtstundentag für die Straßenbahner!

Schon oft hat diese Frage das Parlament beschäftigt. Erst in einer der letzten Sitzungen wurde beschlossen, den Achtstundentag bei den Straßenbahner einzuführen. Wie immer, so auch diesmal, sabotiert der Rat diesen ihm unangenehmen Beschluß. Er lehnte die Durchführung des Achtstundentages ab! Dieser Tagesordnungspunkt wurde zur nochmaligen Beratung an den Ausschuss verwiesen. Interessant ist, daß der Rat die scharfe Zurückweisung durch die KPD und die Straßenbahner betr. des „Einnehmens mit Arbeitern und Angestellten“ — siehe Arbeiterstimme Nr. 279 — stillschweigend einsteckt. Der Schwindel war zu offensichtlich, als daß er sich noch verteidigen ließe. Bei dem nächsten Punkte, Bau eines Schwimmbades im Krankenhaus Johannstadt, setzte eine längere Debatte ein. Die Sozialdemokraten lehnten den Bau mit der Begründung ab, daß sie gegen den Stadtrat Temper schärfstes Mißtrauen haben. Die kommunistische Fraktion zeigte an Hand dieses Beispiels, daß die Sozialdemokraten tatsächlich ihren Kampf nur persönlich führen. Die Abstimmung über diesen Punkt ergab, wie wir schon weiter oben ausführten, jenen sinnlosen Beschluß, der einmal die Ratvorlage ablehnte und dann wieder annahm.

Der reaktionäre Rat hat zu verschwinden!

Jetzt endlich wurde der Antrag unserer Fraktion, daß der Rat aufgelassen ist, behandelt. Genosse Dr. Helm zeigte in längeren Ausführungen die arbeiterfeindliche Haltung des Rates auf. Scharf kennzeichnete er die Taktik des Rates, alle Anträge, die für die Arbeiterverbesserungen einige Verbesserungen bringen, durch Ablehnung im Rat, Einbringung von Einigungsausträgen, Anrufung der Gemeindefamler usw. zu sabotieren. Wir erinnern hier nur an die mit großer Mehrheit gefassten Beschlüsse betr. Einführung des Achtstundentages beim Pflegepersonal und bei den Straßenbahner, bei den Beihilfen für Erwerbslose und Arbeitsempfänger, sowie an den in der letzten Sitzung gefassten Beschluß auf Einführung der vollständigen Sonntagruhe. Ganz offensichtlich ignoriert der Rat die von der großen Mehrheit der Dresdner Bevölkerung gewünschten Beschlüsse. Zwar wissen wir, mit der Auflösung des Rates ist dieses System nicht verschwinden. Wir geben uns keinerlei Illusionen hin, daß dann, wenn dies geschieht, alles in schönster Ordnung sei. Die letzten Jahre haben genug Beispiele gezeigt, daß man, wenn eine Mehrheit von KPD und SPD Beschlüsse fasst, die der Reaktion an den Krallen gehen, mit Hilfe des § 43 die Arbeiter niederschlägt. Die Arbeiter werden erkennen, daß das ganze kapitalistische System, das die Schuld an allem Elend trägt, zu beseitigen ist. Der Kampf darf aber nicht geführt werden nur gegen Personen. — Während den Ausführungen des Genossen Helm rief Kösch (SPD) ganz nervös auf seinem Stühlein hin und her, um dann ganz plötzlich und unmotiviert dem Gen. Dr. Helm zuzurufen: „Das verstehen Sie nicht, da sind Sie noch nicht reif genug.“ Auf diesen dummen, die SPD charakterisierenden Zwischenruf antwortet Genosse Helm treffend, daß die Sozialdemokraten nur allgütern mit ihrem Alter und ihren Erfahrungen trümpfen. Wie weit das geht, hat deutlich die ASB gezeigt. Durch solche Wägen lassen wir uns nicht irretieren. Die kommunistische Partei wird den Kampf mit allen Mitteln gegen den reaktionären Rat führen. Der Güntische Skandal wird so manchem die Augen öffnen über das korruptierende System des parlamentarischen Kapitalismus. Die Ausführungen des Genossen Helm wurden mit lebhaftem Beifall quittiert. Einige Angriffe, die Kösch schüchtert gegen die KPD macht, weist Genosse Werner treffend zurück. Bei der Abstimmung wird nur Punkt 3, der die Änderung der Verfassung der Stadt betrifft, dem Ausschuss überwiesen, die ersten beiden Punkte aber, weil keine Zweidrittelmehrheit vorhanden, abgelehnt. In der 24. Stunde wurde die Sitzung sodann geschlossen. Die noch zu erledigenden Punkte sollen in der Donnerstag-Sitzung behandelt werden. Wahrscheinlich kommen am Donnerstag auch die Bezüge der Bürgermeister aus der günstigen Günt-Stiftung zur Sprache.

Gelder der Stadtmision in den Händen eines Betrügers

Die Dresdner Stadtmision hat die „Weihnachtsstimmung“ der breiten Schichten dazu benutzt, um mit dem Klingelbeutel von Haus zu Haus zu ziehen und Geld zu sammeln, um ihren Schuldbesessenen die „Wohltätigkeit der Kirchenkreise“ zu zeigen und sie so mit Hilfe der breiten Masse, die unüberlegt die Aktion finanziert, die Schächel an die Kirche zu fesseln. Da aber die frommen Christen zu wenig Helfer für ihr Werk finden, gehen sie mit recht geschäftlichen Methoden an das „Werk der Liebe“. Man macht sich die Notlage der Arbeitslosen zunutze und läßt durch den Arbeitsnachweis Sammler anwerben gegen eine Vergütung von 10 Prozent des Sammelertages.

Dieser Verlockung ist natürlich eine ganze Anzahl Erwerbsloser zum Opfer gefallen, die sich auf diese Weise wenigstens ein paar Pfennige „Weihnachtszuschuß“ sichern wollten. Die Gelder der Stadtmision aber sind in guter Verwahrung. Ein Unbekannter, der mit den Maßnahmen

der Stadtmision sehr gut vertraut gewesen sein muß, hat in einer hiesigen Kirchengemeinde, die auf Mitteilung der Mision einen Boten zum Abholen der Gelder erwartete, „als dieser Bote“ im „Auftrage der Stadtmision“ 25 Sammelbüchsen mitgenommen. Kurze Zeit darauf erschien dann der richtige Bote, der mit leeren Händen wieder abziehen mußte, um der Stadtmision die traurige Mär zu übermitteln. Die Gelder haben also sofort Verwendung gefunden. Ob aber die Dresdner Einwohner, die zu einem großen Teil längst mit der Kirche gedrohen haben, weiterhin der Stadtmision für ihre kirchlichen Propagandazwecke die Ration liefern wollen?

Die wertvolle Dresdner Bevölkerung sollte sich hierüber klar sein, um so leichter sollte ihr die Entscheidung fallen, als die „Internationale Arbeiterhilfe“ eine große Sammlung durchführt, um langjährigen Erwerbslosen und im Wirtschaftskampf stehenden Arbeitern und ihren Familien proletarische Solidarität an den Tagen zu bekunden, an denen die „Christenheit“ ihr Märchen vom „Frieden auf Erden“ erzählt, während ihre Stützen, die Großkapitalisten, bereits alle Vorbereitungen treffen, um Hunderttausende von Arbeitern kurz nach „Weihnachten“ auf die Straße zu werfen, um Christi und des Profits willen ...

Freie Eisbahnen für die Dresdner Schulfugend

Der Dresdner Schulfugend stehen im Winter 1927/28 folgende Eisbahnen in den genannten Stadtteilen zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung: Kleinwachwitz: auf dem Turmhof der 65. Volksschule. Leuben: auf dem städt. Spielplatz an der Königsallee gegenüber Eisbahnpflege. Laubegait: auf dem Vereinsplatz der Turngemeinde Dresden an der Donathstraße. Dobritz: auf dem städt. Spielplatz an der Laubegaiter Straße. Seidnitz: auf dem an der 33. Volksschule gelegenen Spielplatz an der Marienberger Str. Reitz: auf dem Fiegeleiteich an der Tornaer Straße. Gruna: auf dem zur Spielplatzanlage des Dresdner Sportvereins 1910 gehörenden Übungsgelände (Eingang Heptstraße 90). Blasewitz: Ede Berggarten- und Draeseckstraße. Striesen: im Rhododendronpark an der Pohlstraße. Strehlen: im Staudenpark an der Rodwitzer und Teplitzer Straße, voraussichtlich von Mitte Dezember ab benutzbar. Modritz: im Familienbad Dresden-Modritz auf dem Baden für Nichtschwimmer. Ratz: gegenüber der 71. Volksschule. Plauen/Südvorstadt: auf dem städt. Spielplatz an der Helmholzstraße. Ostau: auf dem Spielplatz der 37. Volksschule an der Herberstraße (wochentags von 8 bis 18 Uhr und Sonntags bis 12 Uhr unentgeltlich benutzbar); auf dem Spielplatz der Schrebergarten-Kolonie „Neuland“ zwischen Kröbelsstraße u. Weißerhüfer. Cotta: im Luftbad des Vereins Volksgesundheit Dresden-West an der Hebbelstraße; auf dem Schulhof der 34. Volksschule an der Cossebauder Straße. Briesnitz: auf dem Spielplatz der Eigenheimföderung Briesnitz im Fiegelegrundstück an der Roguetstraße. Stechlich: auf dem Schulspielplatz der 77. Volksschule am Ursensfeld 27. Friedrichstadt: auf dem städt. Spielplatz im Großen Ditzagebege (Eingang Pieschener Allee); auf der Berliner Straße neben dem Friedrichstädter Bahnhof; auf dem Schulplatz an der Kröbel- und Fieherstraße. Altstadt: auf dem städt. Spielplatz neben der Jugendherberge am Halenberg 3; auf den Tennisplätzen an der Albrechtstraße neben der Algen-Kampfbahn; auf dem Neuteich im Großen Garten (für die in der Nähe wohnenden Schulkinder werden von den Schulen Freikarten ausgegeben). Johannstadt: neben dem Luftbad bei Antons auf dem Spielplatz C der Elbweiden an der Hindenburgstr. Uebigau: Scharfenberger Straße 60. Trausau: Ede Traubenberger und Döbelner Straße. Pieschen: auf dem städt. Spielplatz an der Wurzener Straße. Leipziger Vorstadt: auf dem Kleiser Platz; auf dem Trodenplatz von Frau Jöpsel an der Johann-Meyer-Straße. Neustadt: auf dem Kegelballspielplätzen am Ministerialgebäude (für die in der inneren Neustadt wohnende Schulfugend werden von den Schulen Freikarten ausgegeben). Antonstadt: im Luthergarten an der Baukner Straße. Loschwitz: auf dem Spielplatz an der Albert-Allee gegenüber der 62. Volksschule. Weißer Hirsch: auf dem Kegelballspielplätzen im Waldpark.

Die Eisbahnen sind in der Regel geöffnet von 8 bis 19 Uhr. Sie sind fennlich gemacht durch Schilder mit der Aufschrift „Freie Eisbahn für die Dresdner Schulfugend“. Auf den Schildern sind die genauen Öffnungszeiten angegeben. Durch Anschläge in den Schulen werden die Kinder außerdem auf die der Schule zunächst gelegene freie Eisbahn hingewiesen.

Kein Leugnen hilft!

Die Dresdner Studentenschaft vermittelt Streikbrecher

Daß die Deutsche Studentenschaft eine der Hauptstützen der Reaktion ist, daß sie ihre „Hoffnung“ ist, das hat die Arbeitererschaft mehr als genug an sich selbst erfahren müssen. Bei jeder monarchistischen Kundgebung und Denkmalseinweihung — siehe Tannenbergr — sind es die Studenten, die durch ihren Karnivalsaufzug und ihre zerhackten Bisagen solchen Veranstaltungen ihr Gepräge geben. Jedoch außer durch solche Demonstrationen hat die Deutsche Studentenschaft auch durch „die Tat“ das Vertrauen der sie unterstützenden Schwerindustrie gerechtfertigt. Sie hat in der „Technischen Nothilfe“ eine Organisation geschaffen, die bisher noch nicht ihren Dienst den Unternehmern in ihrem Kampf gegen die Arbeitererschaft verjagt hat. Daß die „Teno“ dabei sich nicht nur zur Unterhaltung lebensfähiger Betriebe bereitstellt, weiß ja die Arbeitererschaft am besten.

Auch im Dresdner Eisenbahnerstreik hat die Dresdner Studentenschaft wiederum nicht „verjagt“. Sie hat dabei ihr wahres Gesicht, das sie mit den Phrasen von Volksgemeinschaft und unpolitischer Einstellung verhüllt hat, entlarvt.

Das Arbeitsamt an der Dresdner Studentenschaft, die Vermittlungsstelle für studentische Arbeit, hat einen Anschlag erlassen,

indem es sofortige Arbeit für Studenten bei der Reichsbahndirektion Dresden bei einem Stundenlohn von 85 Pfennig bei neunstündiger Arbeitszeit anbietet.

Ebenso werden für die Güterabfertigung „Verstärkungen“ unter den gleichen Bedingungen gesucht. Den Herren von der Dresdner Studentenschaft scheint aber durch den einheitlichen Willen und die Spontantät des Kampfes der Dresdner Eisenbahner das Herz in den Hosenhoden gerutscht zu sein, denn in dem Anschlag heißt es weiter, daß sich die streikbrechenden Studenten

nur bei uniformierten Bahnhofsbeamten auskunft holen und keine Tenoabzeichen tragen sollen.

Am Bismarckdenkmal ...

Nur wenige Wochen trennen uns noch vom „Fest der Liebe“. Der Winter hat seinen Einzug gehalten, Sturm und Strauch sind ihres Blätterkleides beraubt. Sturm heult durch die Gassen. Frierend, in dünner abgetragener Kleidung geht das Heer der Proleten der Arbeit zu. Viele aber, die den Sommer über als Saisonarbeiter tätig waren, gehen jetzt wieder stempeln. ... Vor dem schönen neuen Bau — dem Arbeitsnachweis auf der Maternistraße stehen die „Stempelbrüder“ in ihren alten zerfetzten Sachen.

Auf der Prager Straße aber trippeln die Dämchen der Reichen, ihre Füßchen stecken in warmen Pelzschuhen, der Körper im kostbaren Pelzianer. Sie stehen mit ihren „Verehrern“ an den prunkvoll ausgestellten Schaufenstern der Juwelier- und Pelzgeschäfte. Hier besorgen die Drohnen der Gesellschaft ihre Weihnachts-einkäufe! Für die Summen, die hier ein einzelner in Minuten ausgibt, muß der Arbeiter monatelang in schwerer Fron schuften ...

Am Abend, wenn die Prager Straße in einem Meer von Lichtern erglänzt und aus den Bars und Weindiehlen die Jazzkapellen die Schmarotzer und die Halbwelt zum „Genießen“ einladet, erstrahlt am Bismarckdenkmal der „Baum der Jugend“. Der angebrachte Opferstock soll angeblich Mittel bringen, die es ermöglichen, der notleidenden Jugend ein Weihnachtsgeschenk zu geben.

Einmal im Jahre — zur Weihnachtszeit — „erinnert“ sich die Bourgeoisie der Jugend, die sie in Not und Elend getrieben. Sie „opfert“, das heißt sie läßt den Weiteinsatz hingewinnen, damit die Arbeiter und Angestellten für ihre Kinder opfern! Fürwahr, die Kapitalisten verstehen es meisterhaft, den Arbeitern noch ihre Zehne bezahlen zu lassen.

Volksgemeinschaft predigen diese christlichen Heuchler, und unter der Maske der Nächstenliebe versuchen sie die Werttätigen einzulassen. In seiner „Einweihungsrede“ führte der Landgerichtsrat Dr. de Lasalle als Vertreter des Verbandes für Jugendhilfe unter anderem aus: „Wohltätigkeit das Denkmal Bismarcks, des Wegweisers für die deutsche Zukunft, dem wohltätigen Werk noch einen weiteren anspornenden Akkord geben. Klar und eindeutig wird hier der wahre Sinn dieser Sammlung erklärt: nationalstische Propaganda unter dem Deckmantel christlicher Nächstenliebe. Diesen Herrschaften kommt es viel weniger auf wirkliche Hilfe für die notleidende Jugend an!“

An den Schaufenstern der Trödler und Spielwaren händler stehen die Proleten und rechnen, rechnen ...

Eltern der 39. und 55. Volksschule zu Dresden-Plauen! Die Zentrale der freien Schulgesellschaften veranstaltet Mittwoch den 7. Dezember 1927 um 19.30 Uhr im Plauenschen Lager Keller einen musikalischen und rezitatorischen umrahmten Vortragsabend. Es sprechen Herr Schulleiter Sachse über „Die Gefahr des Reichsschulgeldes“ und Herr Lehrer Forbrig über „Die sittliche Erziehung in der Schule“. Die schwierige Lage der für eine freie Schule in Plauen eintretenden Eltern macht das Erscheinen aller Genossen zur Pflicht.

Volkshochschule. Abteilung: Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. Der Kursus von caad. Ing. von Werner (Röhren 1) findet ab Donnerstag den 8. Dezember 1927 bis 20 Uhr im Zimmer 20 der 18. Volksschule, Pestalozzistraße 4, statt. Neue Teilnehmer noch zugelassen.

Zoo. Die neu in den Flugflügeln eingezogenen 8 Kronenfrösche gehören einer anderen Art an, als die seit Jahren vorhandenen Vertreter dieser schönen Vogelart. Es sind Westafrikaner, die sich von der östlichen Form durch die schiefer schwarze Grundfarbe des Gefieders unterscheiden. Auch die bunte Befiederung des Kopfes ist mit ihrem sammetartigen Schwarz und dem hart rötlich angehauchten Weiß jierend. Die „Krone“ ist bei beiden Arten gleich; die auseinanderstrebenden Federn dieses Kopfmundes sehen wie gebändert aus, sind aber einfarbig; der Eindruck der Bänderung wird hervorgerufen durch spiralförmige Drehung der Feder, die fast nur aus Schacht besteht. Die Herde der afrikanischen Flamingos ist von der Stelzvogelwiege wie im Vorjahre nach dem großen Flugflügeln am Kanal verzogen, wo sie infolge des dauernd fließenden Wassers auch bei stärkstem Frost im Freien gründen kann, wie es für diese langbeinigen Entenvögel zu ihrem Wohlbefinden durchaus nötig ist.

Hier der Wortlaut des Anschlages:

Arbeitsamt. Dresden, 1. Dezember 1927.

Die Eisenbahndirektion Dresden sucht für eine größere Anzahl Werkstudenten für ihre G abfertigungen.

Sofortiger Antritt: Freitag den 2. Dezember, 7 Arbeitslohn: 85 Pf. bei neunstündiger Arbeit. Es wird gebeten, nur uniformierte Bahnhofsleute um Auskunft zu fragen. Keine Teno-Abzeichen tragen. Arbeitsamt

Die Herren Studenten wissen recht wohl, daß es nicht angenehm wäre, mit dem Tenoabzeichen von einem stre den Eisenbahner angetroffen zu werden.

Hat die Dresdner Studentenschaft bei ihren Strekerdiensten durch die „Teno“ bisher die Ausrede braucht, daß sie „lebenswichtige Betriebe“ aufrecht erhält, so begehrt sie jetzt den Streikbruch ganz offen, un tätig sich — trotz ihrer „unpolitischen Einstellung“ — einem ganz bestimmten politischen Sinne. Ganz mißt sie sich in einen Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer, der in der ganzen Öffentlichkeit als gerechtf anerkannt wurde.

Das ist die Praxis der „Volksgemeinschaft“ an anderen schönen Phrasen! Die streikenden Arbeiter den wissen, was sie darauf zu antworten haben.

Monatskarten auf den Staat, Kraftwagenlinie

Vom 1. Dezember 1927 wurden auf den staatlichen wagenlinien Monatskarten für Erwachsene und Schulpf eingeführt, die eine Verbilligung des Fahrpreises mit sich gen. Auf die Monatskarten für Erwachsene wird ein Preis von 40 Prozent und auf die Monatskarten für Schulpf ein Preisnachlass von 50 Prozent gewährt. Die Monats gelten nur für den Kalendermonat, für den sie gelöst werden und sind nicht übertragbar. Sie werden auf besonderen durch die Betriebsleitungen und Betriebsstellen der Kraft Freitags nachmittags u. g. ausgegeben. Eine Rückerstattung Fahrpreises bei Ausfall von Fahrten durch Witterungsere oder bei Ablauf des Probebetriebes einer Linie, wie über bei Betriebsbeeinträchtigungen infolge höherer Gewalt, wird gewährt.

S. Jhr. 6. Dez. 1927



Schachwitz. (Schuljahrabschluss.) Unser Schulausschuss besteht aus 13 Mitgliedern. Ein Mitglied ist auch der Schularzt Dr. Thömel, der aber ganz, ganz selten die Sitzungen besucht.

Was man sich in den Baubuden von Pirna erzählt (Arbeiterkorrespondenz)

Am 11. November fand eine angebliche Jugendleiterkonferenz statt. In dieser Sitzung nahmen Vorstandmitglieder der SPD und KPD und andere treue Schächler beider Parteien teil.

Jungarbeiter Weißens! Ihr gehört in unsere Front!

Am Montag dem 12. Dezember 20 Uhr veranstaltet die Rote Jungfront Weißens im Vereinshaus eine proletarische Jugendkundgebung.

Junge Arbeiterbrüder! Hört zu, was die Rote Jungfront will. Denkt an die Folgen des vergangenen Weltkrieges. Denkt an die Zahlen des Hungers, des Elends und der Tränen.

Kadeberg. Es scheint, als ob einige Freidenkergruppen der Nachbarorte ihre Jugendweihnächte noch nicht gemeldet haben.

Todessturz mit dem Motorrad. Einen tödlichen Motorradunfall erlitt in der Nacht zum Freitag der hier wohnhafte Kaufmann Kurt Sawle.

Scheunend Brand. In der Nacht zum Freitag brannte aus noch unbekannter Ursache die große Scheune des Landwirts Kästner in Hermdorf mit sämtlichen Erntevorräten nieder.

Seifenherstellung. (Unfall.) Am Freitag dem 7. Dezember fuhr der bei der Firma F. Kemisch beschäftigte Arbeiter Köhler den abspüligen, mit Glatteis bedeckten Weg bei Wolkmanns zu Heinrich u. Ohmann mit Kohlen.

Tödlich verunglückt. Fernstadt (Ober-Weiß.) Der Fabrikarbeiter Oswald Sprenger aus Kemnitz ist bei seinen Beschäftigungen, schwebende Herde aufzubehalten, tödlich verunglückt, indem ein Pferd auf ihn hinstieg und ihn erdrückte.

Schweres Autounglück. Warnsdorf, 3. Dezember. Auf der Straße Kautzsch-Georgswalde ereignete sich gestern abend ein schweres Autounglück, wobei es einen Toten und zwei lebensgefährlich Verletzte gab.

Freital. („Die Hexe.“) Zu diesem großen öffentlichen Festmahl des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Freital und Umgegend, der am 9. Dezember im Pöhlener Hof zur Ausführung gelangt, möchten wir folgendes mitteilen.

KPD / Bezirk Ostfachsen / Sekretariat. Adresse: Sieglisdorfer Weg 2, Dresden-N. Columbusstr. 97. Tel. 24033.

Veranstaltungskalender

- Kommunistische Partei. Dienstag, den 6. Dezember. Groß-Dresden. Alle Stadtteile, sowie die Arbeitsgebiete Köhlitz, Borsdorf, Ottensdorf-Ostfisch, holen sofort Flugblätter in der Expedition der Arbeiterzeitung ab.

- Mittwoch den 7. Dezember. Laubegast. 19.30 Uhr Versammlung in Weichners Restaurant. Gäste willkommen.

- Rundfunk. Dienstag den 6. Dezember. 16.30-18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters.

- Arbeiter-Radio-Bund. Ortsgruppe Dresden. Dienstag den 6. Dezember 20 Uhr Kurzwellengruppe, Mittwoch den 7. Dezember 20 Uhr Fortsetzung der Vortragsreihe des Junggenossen Hengst.

Vortrag über Arbeiterbildung. Freital. Die literarische Vortragsreihe der Volkshochschule in der Häußlichen Böhre von Schriftsteller Dietrich Arbeiter.

Karte Jungfront. Groß-Dresden. Achtung! Der ausgesetzene Kurzus findet beim am Mittwoch, 12.30 Uhr, im Brandenburger Hof statt.

Arbeiter Sport Fußball

Einige Bezirke stehen immer noch in den Ausscheidungs spielen um ihren Bezirksmeister.

In Leipzig spielen Schöna u. Lindenau 4:2 (4:0). Das Spiel litt unter der mangelhaften Leistung des Schiedsrichters und dem glatten Boden. Der Sieg wurde durch zwei Elfmeter hohegestellt.

Im Zwickauer Bezirk fand das Entscheidungsspiel zwischen Cainsdorf und Wader, Crimmitschau, statt. Das von 1500 Personen besuchte Spiel war den schlechten Bodenverhältnissen entsprechend als sehr gut anzusehen und sah in Wader, Crimmitschau, mit einem 2:3(1:3)-Ergebnis einen sehr glücklichen Sieger, denn Cainsdorf war in der zweiten Hälfte fast immer überlegen. Wader, Crimmitschau vertritt also den 6. Bezirk bei den kommenden Kreismeisterschaften.

In Dresden fällt die Entscheidung am kommenden Sonntag zwischen DSV 1910 und Lößtau.

Bezirk Oberlausitz

Jittau 1—Teplitz-Weißitz 1:2:1. In einem von über 600 Zuschauern behauchten technisch hochwertigen Kampfe brachten es die Jittauer fertig, den tschechischen Bundesmeister knapp abzulegen. Von der Güte des Spieles zeugt, daß nur ein einziger Straßstoß verhängt werden brauchte. **Jittau 2—Görsdorf 2:1:2;** Ebersbach 1—Witz 2, Lobau 2:8; Jittau 1, Zgd.—Dr.-Kloßsche 1, Zgd. 1:1; Lobau 1, Zgd.—Ebersdorf 1, Zgd. 1:5.

Berichterstatter-Jahresversammlung findet am Sonntag dem 11. Dezember 9 Uhr in Lobau in der Restauration Merkur, Bahnhofstraße, statt. Die Tagesordnungspunkte sind für alle wichtig, unter anderem Neuwahl. Daher sind die Vereine verpflichtet, reichlich ihre Berichterstatter zu delegieren, andernfalls Strafanzug erfolgt.

Zurnbiere

Ergebnisse aus dem Kreise

Bezirk Leipzig. Handball: Cunitzsch—Dietrich 2:2; VfL Südwest—Wett 0:3; Lindenau—Lada 5:0; VfL Grimma—Martitzberg 3:1; Cunitzsch—Ellenburg 1:3; Cöhlitz—Paunsdorf 6:1; Spielerinnen Cunitzsch—Schönefelder Fußballvereinigung 3:0.

Kaffball: Plogwitz—Großschäfer 7:4; Glesien—Schleibitz 4:3; Krißhauß, Schleibitz—Schleibitz 1:3; Rodden—Ermlich 6:6; Teuditz—Altanstädter 4:2; Köhlschlag—Schleibitz—Lößnitz 2:3; Taucha—Lieberwölffitz 8:1; Schönefeld—Wacker 6:3; Zwickau—Engelsdorf 3:2; Großsch—Leutich 5:6; Holz—Brandis 6:3.

Hockey: VfL Südost—Dietrich 3:4:2; VfL Südwest—Dietrich 0:8; Spielerinnen Lößnitz—Vorwärts, Wurzen 1:0; VfL Südost—Eiche 0:2.

Bezirk Chemnitz, Kaffball: Ost—Bernsdorf 2:5; Koll-Luff—Rappel 9:6; Schleibitz—Lugau 6:9.
Bezirk Kamenischer Grund, Kaffball: Niederhäslich—Seidenau 1:3; Tharandt—Oberpfefferwitz 6:5.

Winter Sport

Eine vorbereitende Sitzung für das Kreiswinterportfest am 14. und 15. Januar fand am 4. Dezember in Altenberg statt, wo sich die Vorsitzenden sämtlicher Ausschüsse mit den Genossen von Altenberg trafen, um die nötigen Vorarbeiten zu leisten. Besprochen wurde, am 14. Januar 2 Kommerse (aber nur in Altenberg) abzuhalten (vorher soll ein Fackelaug stattfinden), einen Zeitbeitrag für Wettkämpfer einschließlich Kesselfeld von 50 Pf., und von den Sonntagszuschauern von 30 Pf. zu fordern. Die Langläufe werden nur am 14. Januar stattfinden. Am 15. Januar sollen Massenübungen aller Eissportler am Hauptsee die zahlreich zu erwartenden Zuschauer für den Wintersport begeistern. Quartier- und Verpflegungsfragen liegen wieder in bewährten Händen. Der Meldeschluß (17. Dezember) muß bestimmt eingehalten werden. Die Ausgestaltung der Empfangs-abende übernimmt der 2. und 10. Bezirk.

Bereinsnachrichten

Die freie Elternvereinigung am 25. und 63. Volksschule veranstaltet am 7., 11., 12. und 14. Dezember das Märchenfest „Der Wandertant“, und zwar an allen Tagen um 19.30 Uhr und Sonntags auch 14.30 Uhr. Zahlreiche Unterstützung dieser Veranstaltung erbittet

der Vorstand der Freien Elternvereinigung.

Arbeiter-Radsfahrer-Bund „Solidarität“. Dresden. 11. Stadt: 7. Dezember Versammlung, Volkshaus, Zimmer 9. — 11. Dezember Besichtigung der Feuerwache Dresden-Neustadt, Paulsenstraße, Treffen dabei bis mittags 9 Uhr. — 17.30 Uhr Treffen zum Konzert im Volkshaus. — Cotta: 7. Dezember Versammlung, Gold. Anker. 17. Dezember Weihnachtsfeier im Schusterhaus, Anfang 5 Uhr. — Kaditz: 11. Dezember, 19 Uhr, Bauhütte Unterhaltungsabend mit Lichtbildvortrag des Gen. Rißbach: Winter im Erzgebirge. — Lößnitz: 17. Dezember Weihnachtsfeier im Bürgergarten, Anfang 18 Uhr. — Neustadt: 11. Dezember Auktions-Prüfung, durch die Heide. Treffen 13 Uhr Garnisonstraße. 14. Dezember Versammlung, Königsplatz. — Striepen: 13. Dezember Versammlung, Zum Landtschneid. — Watzdorf: 14. Dezember Versammlung, Krißhauß-Schule. — Rennschiff: 10. Dezember Versammlung, Schusterhaus. Jeden Dienstag und Freitag 19.30 bis 22 Uhr Trainingsabende im Schusterhaus. — Jugendabteilung: 13. Dezember Bezirksjugendausschulung, Krißhauß-Schule. Alle Jugendliche müssen erscheinen. — Die Versammlungen beginnen pünktlich 19.30 Uhr.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Dresden. 7. Dezember Sitzung in der Geschäftsstelle, 19 Uhr. — Wit- u. Friederichstadt: 8. Dezember Vortrag über Bräutchen (Gen. Köder). — Johannstadt: 8. Dezember Unterhaltungsabend. — Striepen: 8. Dezember Lieberabend, Lieberbilder mitbringen. Neuwahl des Gruppenleiters. — Lößnitz: 8. Dezember Vorstellung von Erzählungen (Gen. Kraemer). — Cotta: 8. Dezember Lichtbildvortrag: Wanderung auf Rügen und Bornholm (Gen. Hoffmann). — Neustadt: 8. Dezember Jugendabend der Gartenkolonie Preßnitz, 20 Uhr. — Pieschen: 8. Dezember Vortrag. — Winterportsektion. 9. Dezember Vortrag über Kartenspielen. — Photosektion. 9. Dezember Praktische Vorführung der Satrap-Heimlampe (Gen. Sommer). — Jugendabteilung. 8. Dezember Vortrag des Genossen Butter „Meine Heimat an der Wolga“. — Jugendabteilung. Am 6. Dezember Vortrag über Karl Marx (Genosse Rüdiger). — Pieschen. 9. Dezember Lieberabend zur Weihnachtsfeier. — Pieschen. 8. Dezember Generalversammlung (Neuwahlen). — Vogsdorf. 6. Dezember Winterabend. — Schmiedeberg. 8. Dezember Generalversammlung in der Hütte, 19 Uhr. W. L. 10. Dezember Filmvorführung „Manuf. der Estimo“, 16 Uhr und 20 Uhr im Gasthof Schmiedeberg. — Kaditz. 9. Dezember Öffentlicher Lichtbildvortrag mit Liedern zur Laute „Winter und Weihnachten in deutschen Landen“ (Vortragende Eugen Kay und Hans Stabler), 20 Uhr, Kaiserhof.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Pirna. Am Freitag, dem 9. Dezember, 20 Uhr, Monatsversammlung im Vereinslokal. — Am Sonntag, dem 11. Dezember, 17 Uhr, Weihnachtsfeier bei Drehsfels.

Naturfreunde, Bezirksabteilung. 7. Dezember Vortrag: Hygienesachen vom Seil, anschließend Versammlung im Volkshaus, Rügenbergstraße (Saal 2), 19.30 Uhr.

Turn- und Sportverein Weißitz (S.V.). Zwei gutdurchdachte Gruppenbilder (Arbeit und Freizeit) eröffneten im Gasthof Weißitz b. Bühlau den im allgemeinen als gelungen zu bezeichnenden Familienabend. Dann folgten Langstabsübungen (Knaben) in flotter Ausübung (Wiederholung überflüssig). Kreisübungen (Turnerinnen) und Hochbarren (Turner — zum Teil bessere Haltung) trugen gut an. Beim Turnen am Hochbarren (1. Knie) wurde bewiesen, daß der Verein außer dem Sport eifrig turnt. Als sehr gut waren die Festübungen der Altersturner und das Reiten der Turnerinnen zu bezeichnen. Mit einer gut zusammengestellten Schlussgruppe wurde der innerliche Teil beendet und ein geselliges Beisammensein hielt die Mitglieder und Freunde des Vereins noch fröhlich beisammen. Der Abend zeigte, daß auch Landvereine neuzeitliches Turnen pflegen, jedoch durch ihre geographisch ungünstige Lage zum Teil in ihren Leistungen gehemmt werden. Auch hier wäre zur Aus- und Weiterbildung ihrer idealen Interessen ein Anschluß an Stadtvereine nur zu befürworten.

M.S. Lichtspiele

Moritzstraße 10 Moritzstraße 10

Nur bis Montag

Ein Film voll Sensation und Spannung

König im Sattel

6 Akte aus dem wilden westlichen Westen mit toller Keltorkunst, bahnbrechenden Sensationen und rasendem Tempo.

In der Hauptrolle:

Jack Hoxie der neuen/deck's amertkanische Sensations- u. Cowboy-Darsteller

II.

Ein Film für starke Nerven

Sühne

Drei Menschen im Kampf

6 Akte aus den Goldfeldern Alaskas nach einer Erzählung von Jack London. Ein Film von unerhörter Realistik, erschütternd, aufwühlend, ja insatierend in den breitesten geistigen Grausamkeiten des Lebens. Ein Film, der starke Nerven beim Zuschauer voraussetzt.

Täglich 16, 18, 15, 20.30 Uhr

Gardinen angepaßt und vom Stab **Stragen'sche Dekorationsstoffe** **Ewald Kluge** Pirna Kanze Str. 17

Wenn Sie mich besuchen, finden Sie bestimmt das richtige Geschenk in großer Auswahl sehr preisw. Seifen und Parfüme in Packung, Christbaumschmuck und Kerzen, Lichthalt, Lametta usw.

Achten Sie auf die Firma! **Drog. u. Farbenh. Paul Sachse** Pirna Lange Straße 38a gegenüber d. Post-Anstalt.

Wer tauscht Porzellan, Gläser und Kaffeeliterie gegen Solinger Stahlwaren? **Willy Picard, Solingen** 21m Rannenhof 51, I.

Famende Weihnachts-geschenke Sozialität: **Märkte-Souvenirs** **O. REUSCHER** Politische Anstalt PIRNA - Tel. 921

Restaurant Bergkeller Meißel / Kollberg hält sich zur Verfügung und empfiehl. u. Anna De. ein-sommer noch frei **Anna verw. Fischer**

Bäckerei Padel Schandauer Str. 79 / empfiehl. **frische Backwaren** **Kaffee**

Das prattische **Weihnachts-geschenk** kaufen Sie im **Textilwarenlager B. Gleinberg** Pirna, Waisenhausstraße 14



GEG FAMOS

SELBSTTÄTIGES WASHMittel

ist das selbsttätige Waschmittel des überzeugten Genossenschafters.

Erhältlich in allen Verteilungsstellen des

Konsumvereins

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder

Zucker bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30, im 2-Zentner-Sack 0.29 **Schokoladen- und Zuckerwaren-fabrik Richard Seibmann,** Grenadierstraße, Ecke Dammweg

Ich erwarte Sie! Das Geld ist knapp, Die Zeit ist da, Wo jeder neue Kleidung braucht. Kommen Sie zu

Carl Horn Nachf. Zittau

Innere Oybner Straße 5, I. Egt. Das älteste und führende Kreditgeschäft

Sie finden alles was Sie brauchen an

Waren Möbeln Konfektion in guten Qualitäten u. sehr preiswert

Die An- und Abzahlungen sind sehr gering!

Kunden, die ihr Konto beglichen haben, brauchen keine Anzahlung

Ausweis mitbringen!

Für den Winterbedarf empfehlen wir: **Rheinweine u. Moselweine** garantiert naturrein **1924er Lorcher, Fl. RM 1.80** **1924er Wehlener, Fl. RM 1.95**

Spanischer Rotwein 1924er, Domaine de la Pedra, FL RM 2.10

Außer sonstigen **Spirituosen aller Art** **Wohlfell, Arrak- und Rumverschnitt** 45% und 60% Vol. 5 Liter in Korblaschen oder abgefüllt.

Rotwein-Punschessenz erstklassig, 60% Vol., per Liter RM 5.90 **Dr. Johs. Haas & Co.** Dresden-A., Jüdenhof 3

Vom Fachmann ausprobierte **Stollenmehle** empfiehlt

Georg Wagner Nachf. Inh.: E. Kühnel Pirna, Lauterbachstraße

Bettledern beste gereinigte europäische Qualitäten, in all Preisen, geputzt oder angedünnt, auch man im reinen beim Geläuterer **Arthur Berthold** Gansmühlener Markt, Zahlstraße 10. — A. Labudergutung, Beschäftigung und Beschäftigung a. d. **Mag. Ruffschke, Oberer Markt 12**

Gewerkschaftliches Verammlung der Tabakarbeiter

Abrechnung mit den Reformisten

Am Sonnabend fand im Dresdner Volkshaus die Verammlung der ausgesperrten Zigarrenarbeiter statt, in der darüber entschieden werden sollte, ob die Arbeit zu den von uns am Sonnabend schon veröffentlichten, standstillen Bedingungen wieder aufgenommen werden sollte.

Die Leitung des Tabakarbeiterverbandes dachte nämlich gar nicht daran, die Ausgesperrten darüber zu befragen. Sie verhinderte in der Verammlung eine Abstimmung über diese Entscheidung. Die Stimmung unter den Ausgesperrten kam schon am Freitag bei der Ausschaltung der Streikunterstützung zum Ausdruck. Während in den bisherigen Verammlungen die Redner der Opposition kaum ihre Auffassung vertreten konnten, ohne den Willen eines großen Teiles der Verammlung zu erregen, während bisher der Gauleiter Gerloff in den Streikverammlungen gegen die kommunistischen Zeitungen, vor allem gegen die Arbeiterstimme, fast ohne Widerspruch der Ausgesperrten maßlos schimpfen konnte, änderte sich nach Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses mit einem Male das Bild.

Alte Zigarrenarbeiter, die schon bis zu 40 Jahre in der SPD organisiert sind, brachten unerschrocken ihre Mißstimmung gegen die Verbandsleitung zum Ausdruck. In ungeheurer Erbitterung erklärten sie, daß der Abbruch des Kampfes zu diesen Bedingungen ein offener Verrat sei, und daß sie jetzt einsehen, daß die Arbeiterstimme recht gehabt habe, wenn sie die Kampfbanner vor den Maschinen der Reformisten gewarnt habe. Es sei nunmehr offen bewiesen, wie recht die Kommunisten hätten, die einen solchen Ausgang des Kampfes vorhergesagt.

Die Verammlung am Sonnabend dauerte 5 Stunden. Nach Eröffnung brach sofort ungeheurer Tumult aus, weil der Gauleiter Gerloff nicht selbst anwesend war. Die Verammlung verlangte unter stürmischen Zurufen von der Verammlungsleitung, daß Gerloff hergeholt werden sollte. Der Kollege Dohmeyer erwiderte, daß Gerloff dringend in Leipzig zu tun habe. Wiederum stürmische Zurufe. Allgemein wurde verlangt, daß die Verammlung dann vertagt werde bis Gerloff anwesend sein könne. Dohmeyer, der die Verammlung leitete, gab darauf bekannt, daß vom Reichsarbeitsministerium die Forderung gestellt sei, daß die Leitung des Tabakarbeiterverbandes dafür sorgen müsse, daß die Arbeit so schnell wie möglich wieder aufgenommen werden müsse. Darauf wieder großer Entrüstungssturm in der Verammlung und unter starkem Protest gab nunmehr Dohmeyer die Tagesordnung bekannt: 1. Bekanntgabe der Vereinbarungen, und 2. Betriebsangelegenheiten.

Den Bericht gab der Betriebsratsvorsitzende von Zedick, der Kollege Sudalla, der an den Verhandlungen teilgenommen hatte. Er gab die schon veröffentlichten Bedingungen bekannt. Nach althergebrachter Methode, die er sehr gut abgedruckt hatte, strich er vor allem heraus, daß die Verhandlungen 22 Stunden gedauert hätten. Trotz aller Anstrengungen sei nicht mehr herauszuholen gewesen. Und die Dauer der Verhandlungen zeige ja schon, wie heilig von den Vertretern der Zigarrenarbeiter „gepumpt“ worden sei. Mit diesen Wägchen wollte er anscheinend von vornherein die Diskussion beeinflussen.

In der Diskussion wurde von einem Redner der Opposition sofort ein Mehrzahlentscheidungsgegenstand gegen die Verbandsleitung eingebracht und begründet. Der Kollege T. betonte, daß eine Verhandlung am grünen Tisch ohne wirklichen Kampf nichts anderes bringen könnte als solche schmachvolle Bedingungen. Diese Feststellung löste bei der Verammlung stürmische Zustimmung aus, so daß T. teilweise gar nicht weiterreden konnte. T. brachte weiter zum Ausdruck, daß durch diesen Verrat die Zigarrenarbeiter auf lange Zeit hinaus kampfunfähig gemacht würden und forderte die Verammlung auf, die Arbeit unter diesen Bedingungen nicht aufzunehmen. Ein SPD-Kollege, der mindestens einige Jahrzehnte in der Sozialdemokratischen Partei organisiert ist, stimmte dem Kollegen T. voll und ganz zu. Zu dem Kollegen Sudalla gewandt sagte er, daß dieser, seit dem er ab und zu an den Verhandlungen teilnehme, seine Anschauung vollständig geändert habe. „Wir haben 30 Jahre in der Organisation zusammengearbeitet“, so sagte er, „jetzt hast Du aber alles vergessen, was Du früher gesagt hast.“

Alle nachfolgenden Diskussionsredner, gleichgültig, ob sie der SPD oder KPD angehörten oder parteilos waren, brachten ihre Enttäuschung über den schmachvollen Verrat zum Ausdruck. Sie stimmten den Ausführungen der Kollegen von der Opposition voll und ganz zu. Gerade von ihnen wurde darauf hingewiesen, daß Gerloff immer erklärt habe, man würde den Zigarrenarbeitern auf keinen Fall zumuten, daß sie ohne einen Pfennig Lohnerhöhung in die Betriebe gehen müßten. Jetzt sehe man ein, daß das alles nur Versprechungen gewesen seien.

Ungeheuer heigerte sich die Entrüstung der Verammlung, als ein SPD-Kollege einige Stellen aus dem Artikel der Dresdener Volkszeitung vom Freitag bekanntgab. (Wir haben in der Arbeiterstimme vom Montag bereits eingehend zu dem Kommentar der Volkszeitung Stellung genommen. D. Red.) Die Dresdener Volkszeitung hatte den traurigen Mut aufgebracht, die Ausgesperrten schamlos zu verhöhnen. Sie schrieb von einem

„Sieg“ der Zigarrenarbeiter und von einer „Niederlage“ der Unternehmer.

Alte Mitglieder der SPD, die schon jahrzehntelang in dieser Partei organisiert sind, erklärten, daß sie sich schämten, daß ihre Zeitung eine Niederlage der Zigarrenarbeiter in einen Sieg verdrehe und von einer Niederlage der Unternehmer schreibe. Sie hätten diese Zeitung vor Wut in den Ofen geworfen.

Einige Kolleginnen von der Opposition wiesen noch darauf hin, daß bisher ein Antrag auch Artikel und Mitteilungen an die Arbeiterstimme zu geben, von der Verammlungsleitung glatt unterschlagen worden sei. Die ZSH wäre bereit gewesen, die Kampfbanner zu unterstützen, jedoch hätte die Verbandsleitung gar nicht daran gedacht, eine solche Hilfe mit heranzubringen. Im Schlußwort operierte Dohmeyer in der bekannten reformistischen Weise. Die Verbandsleitung habe alles getan, um einen Erfolg herbeizuführen und könne jetzt nichts mehr tun. Wenn jetzt der Kampf nicht abgebrochen würde, so wäre auf Monate hinaus nichts mehr zu erreichen. Es würde eine vollständige Niederlage für die Zigarrenarbeiter entstehen, während jetzt doch immerhin ein gewisser Sieg zu verzeichnen wäre. Mit großem Pathos verkündete er nun auch, warum er über den Antrag die Arbeiterstimme bet. nicht hätte abstimmen lassen können. Die Verbandsleitung könne wohl Mitteilungen an bürgerliche Zeitungen geben, weil diese die Artikel wirklich so bringen, wie sie sie von der Verbandsleitung erhalten. Ueber die Anträge der Opposition ist er ganz einfach nicht abstimmen. Als aus der Verammlung stürmisch verlangt wurde, daß doch eine Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen müsse, erklärte er, daß das unmöglich sei.

Alles weitere würgte er dadurch ab, indem er noch einige Bekanntmachungen über betriebliche Regelungen zum besten gab. Darauf wurde die Verammlung kurzerhand geschlossen.

Väpflischer als der Papst

Jeden Tag kann man von den reformistischen Gewerkschaftsführern in Deutschland die Vereinten Staaten von Amerika als ein wahres Paradies der Arbeiter schildern hören, weil dort angeblich die Unternehmer freiwillig hohe und immer höhere Löhne zahlen. Wie es scheint, fallen diese ewigen unwahren Lobschmeicheleien nachgerade den Amerikanern selbst auf die Nerven; sie sehen sich veranlaßt, endlich einmal den Punkt aufzuheben. Das amtliche Publikationsorgan des amerikanischen Arbeitsministeriums, die Monatliche Arbeitsrundschau bringt in einer ihrer letzten Nummern (August 1927) an der Spitze des Blattes einen Aufsatz über „Niedrige Löhne der ungelerten Arbeiter in den Vereinten Staaten“, worin sie zunächst die Aussprüche zweier führender Politiker des Landes mittelt. Präsident Coolidge sagte am 14. Juni in einer Rede zu Hammond (Indiana):

„Während wir den höchsten Punkt materiellen Wohlstandes erklommen haben, der jemals erreicht wurde, gibt es in unserem Lande eine zahlreiche Klasse ungelerten Arbeiter, die an dem Reichtum der Nation keinen Anteil haben.“

Weit entscheidender noch drückte sich der Arbeitsminister Davis am 22. Juni zu Washington aus, indem er die Zahl der ungelerten Arbeiter in den Vereinten Staaten auf mehrere Millionen schätzte und hinzufügte, deren Löhne seien so niedrig, daß sie ein „ittliches und wirtschaftliches Unglück“ bedeuten. Er fuhr dann fort:

„Wenn wir diejenigen in allen unseren Industrien zählen, die keine spezielle Hochausbildung besitzen, aber nichtdestoweniger die schweren Lasten tragen und die härteste Arbeit tun, so finden wir einen großen Teil der amerikanischen Industrie mit diesen Unglücklichen durchsetzt. Zusammen mit ihren Familien und Angehörigen möchte ich behaupten, daß wir 10 bis 15 Millionen Menschen unter uns haben, die nicht an dem Wohlstand teilnehmen, dessen wir anderen uns erfreuen.“

Zur Abrechnungskonferenz.



Kriegsminister der USA, Mister Davis, amüsiert sich, indem er die Wirkung seiner Geschosse auf moderne Panzerungen studiert.

Da die Gesamtbevölkerung der Vereinten Staaten ungefähr 110 Millionen beträgt, ist dies der achte Teil des Volkes! In der Tat zeigen die dann folgenden Zahlenangaben des amerikanischen Arbeitsamtes von ein und ein halbes Dutzend Jahren. Betragen sie doch in manchen Gewerben und manchen Gegenden nicht mehr als 19% Dollar der Woche! Aber auch der Gesamtumschnitt aller Bezirke und Branchen kommt nur auf 17,75 Dollar zu stehen. Das macht bei 50 Arbeitstagen knapp 800 Dollar (der Mindestlohn gar nur 600 Dollar) im Jahr, während der Lebensbedarf einer Familie von demselben Staatlichen Amt auf 2268 Dollar pro Jahr berechnet wird. Dabei ist allerdings eine gewisse Wohlhabenheit gelobt. Doch auch wenn man die in weitem Maße abtreibt und das Existenzminimum nur auf 1500 Dollar bemißt, sieht man, wie weit diese 10 bis 15 Millionen Menschen in dem reichen Amerika unter dem Allernotwendigsten stehen.

Um aber jene Zahlen richtig bewerten zu können, bemerkt die Arbeits-Rundschau ausdrücklich, daß das nur die Löhne sind, welche die betreffenden Arbeiter verdienen. Löhne sind, wenn sie das Glück haben, das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt zu sein und auch keine einzige Arbeitsstunde durch Krankheit oder sonst ein Mißgeschick einzubüßen. Diese Ziffern — wir zitieren nach wie vor die Worte des amtlichen Organes selbst — belaufen also nur das höchst erreichbare Maximum an Lohn und stehen folglich über dem Betrag, den der Durchschnittsarbeiter in Wahrheit bekommt und davon er leben muß. Außerdem ist der Ausdruck „ungelerte Arbeit“ sehr behäuflich. Gar nicht selten versteht man darunter einfach die schlechtbezahlte Arbeit in dem Betrieb oder der Industrie, ohne Rücksicht auf die Intelligenz und das Verantwortungsbewußtsein und ohne Rücksicht auf die Uebung und speziellen Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie erfordert.

Endlich darf man auch nicht glauben, daß die als „Gelernte“ anerkannten Arbeiter in Amerika sämtlich die hohen Löhne bekommen, womit man uns fortgesetzt die Ohren vollbläst. Betrug doch der durchschnittliche Wochenverdienst der gesamten Vereinten Staaten im Juli d. J. knapp 26 Dollar, also nur 1300 Dollar bei voller Jahresbeschäftigung. Scheidet man hiervon die Ungelernten aus, so bleibt etwa für die Gelernten soviel übrig, daß sie eben gerade das nackte Existenzminimum haben. Von Wohlstand ist keine Rede, zumal auch die so viel gerühmten Ford-Arbeiter in Detroit nur auf etwa 2000 Dollar kommen, also nach erheblich unter der Wohlhabensgrenze von 2268 Dollar zurückbleiben.

Diese Ausführungen der Amerikaner selbst sind eine schaffende Ohrfeige für ihre deutschen Lobschreiber und man verzieht immer weniger, was die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei ihrer Amerikareise eigentlich gesehen haben.

Das technische Wunder im Dienst der Reaktion und des Imperialismus

Die Technik feiert einen neuen Triumph: für 8 Mark kannst du ein Bild in der Größe von 10 mal 4 Zentimeter telegraphieren. Die Uebertragung dauert schnellstens 12 Minuten. Als Bildtelegramme können Bilder jeder Art, positive und negative Lichtbilder, Pläne, Zeichnungen, Stenogramme usw. übermittelt werden. Die größte telegraphierte Fläche ist 10 mal 10 Zentimeter. In den verkehrsschwachen Zeiten, nachts, wird die Gebühr um 20 Prozent ermäßigt. Näheres ist zu erfahren am Postschalter.

Im Junferaal des Berliner Haupttelegraphenamtes fand 1. Dezember die offizielle Eröffnung der Bildtelegraphie auf der Strecke Berlin-Wien statt.

Die ersten Versuche der Bildübertragung reichen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurück, also bis zu den Anfängen der elektrischen Telegraphie überhaupt. 1907 bereits wurden die ersten gelungenen Bilder zwischen Berlin und München ausgetauscht. Jetzt wird die sogenannte Photozelle von Professor Karalus angewendet. Das zu übertragende Bild oder Schriftstück wird auf eine Metalltrommel aufgespannt und von einem dünnen Lichtstrahl abgetastet. Der Strahl wird reflektiert und gelangt in die Photozelle, wo die Hellheitschwankungen in Stromschwankungen übertragen und auf einem Fernröhrl zum Empfangsort geschickt werden. Dort werden sie in Bildschwankungen zurückverwandelt und treffen ein lichtempfindliches Papier.

Die Zukunft der Bildtelegraphie liegt aber auf dem Gebiet des Radios. Die drahttelegraphischen Versuche sind nur Experimente für die drahtlose Uebertragung, die auch kurz vor der praktischen Verwirklichung steht. Das Prinzip ist dabei das gleiche. In wenigen Monaten schon werden auf kurzen Wellenlängen die Bildtelegramme treuz und quer über den Erdball fliegen.

Es ist kein Zufall, daß die beiden ersten Photographien, die am 1. Dezember zwischen Berlin und Wien ausgetauscht wurden, die Photographien von Marx und Seipel sind. So stehen sie einträchtig nebeneinander: der Reichsbannermann a. D., sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat und Kanzler des Bürgerblocks, Dr. Marx, und der Kanzler der österreichischen Faschisten, der die Arbeiter zur Ehre Gottes und des Profits zu Hunderten niederfallen ließ.

Und der drahtlose Bilderdienst soll vor allem der Verbindung mit Südamerika dienen, wo deutsches Kapital erfolgreich wieder vorbringt.

Triumph der Technik im Dienste der Reaktion und des Imperialismus, bis die Arbeiter die Technik aus den kapitalistischen Fesseln lösen und der Kultur dienlich machen werden.

10 TAGE die die Welt erschütterten

• VON JOHN REED
Autorisierte Uebersetzung von Willi Scholz
Copyright by Verlag der Literatur und Politik, Wien, Berlin SW 46
(Schluß)

Bildung des Rates der Volkskommissare

Ein Delegierter der russischen Truppen an der mazedonischen Front schilderte in bitteren Worten die Lage der Soldaten. „Wir leiden mehr unter der Freundschaft unserer Verbündeten als durch den Feind.“ In fast angelommenen Vertretern der Zehnten und Zwölften Armee berichteten: „Wir stehen zu euch mit unserer ganzen Kraft.“ Ein Bauernsoldat protestierte gegen die Freilassung der Sozialdemokraten Maslow und Salaskin. Die Verhaftung des gesamten Exekutivkomitees der Bauernsowjets wurde verlangt. Das war die wirkliche Sprache der Revolution. Ein Delegierter der russischen Armee in Persien erklärte, daß er beauftragt sei, die Uebernahme der ganzen Macht durch die Sowjets zu verlangen. Ein ukrainischer Offizier, in seiner Mutterprache redend: „In dieser Krise kann es keinen Nationalismus geben. Es lebe die proletarische Diktatur in allen Ländern.“ Nie wieder, davon war ich angefaßt, dieser machtvollen Flut himmelanstürmender und glühender Gedanken überzeugt, würde Rußland in seine alte Stumpfheit zurückverfallen.

Kamenew teilte mit, daß die Gegner der Bolschewiki überall Naruben zu stiften bemüht seien. Er verlas einen Appell des Kongresses an alle Sowjets Rußlands:

„Der Allrussische Sowjetkongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten mit Einschluß einiger Bauerndeputierten richtet an die lokalen Sowjets die Aufforderung zur sofortigen Durchführung energischer Maßnahmen im Interesse der Verhinderung aller gegenrevolutionären und antijüdischen Aktionen und aller Arten Pogrome. Die Ehre der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrevolution erheißt, daß keinerlei Vorgänge geduldet werden.“

Die Petrograder rote Garde, die revolutionäre Garnison und die Matrosen sorgen für absolute Aufrechterhaltung der Ordnung in der Hauptstadt.

Arbeiter, Soldaten und Bauern! Folgt überall dem Beispiel der Arbeiter und Soldaten Petrograds.

Kameraden, Soldaten und Kosaken! Auf uns entfällt die Pflicht der Sicherung einer wirklichen revolutionären Ordnung. Das revolutionäre Rußland und die ganze Welt blicken auf uns.“

Punkt zwei Uhr erfolgte die Abstimmung über das Landdektret. Nur eine Stimme war dagegen. Die Bauerndelegierten waren außer sich vor Freude. So stimmten die Bolschewiki vorwärts, unwiderstehlich, ohne Zögern, alle Opposition niederwerfend; die einzigen in Rußland, die ein klar umrissenes Aktionsprogramm besaßen, während die anderen Parteien acht Monate hindurch nur geredet hatten.

Jetzt erhob sich ein Soldat, mager, zerlumpt, leidenschaftlich gegen eine Klausel in den Instruktionen protestierend, die die Deserteure von der Landverteilung in den Dörfern ausschloß. Anfangs versuchte man ihn niederzuschreien, aber seine einfache, zu Herzen dringende Sprache verschaffte ihm schließlich Gehör. „Gegen ihren Willen zur Reiterei in den Schützengräben gezwungen“, rief er, „die ihr selber in dem Friedensdektret als schrecklich bezeichnet habt, grüßte er die Revolution mit der Hoffnung auf Frieden und Freiheit. Friede? Die Kerenski-Regierung zwang ihn erneut, nach Galizien zu gehen, um zu mordern und gemordet zu werden; auf seine Wünsche nach Frieden hatte Tereschtschikow nur ein Lachen... Freiheit? Unter Kerenski wurden seine Komitees unterdrückt, seine Zeitungen verboten, die Redner seiner Partei eingekerkert... Zu Hause in seinem Dorfe führten die Großgrundbesitzer den Kampf gegen seine Landkomitees und warfen seine Genossen ins Gefängnis. In Petrograd sabotierte die Bourgeoisie im Bündnis mit den Deutschen, die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln und Munition... Er hatte keine Kleider, keine Stiefel... Wer zwang ihn, zu desertieren? Die Kerenski-Regierung, die ihr geführt habt!“ Am Ende seiner Rede erntete er Beifall.

Doch ein anderer Soldat erhob sich: „Die Kerenski-Regierung ist kein Schirm, hinter dem sich die Deserteure verstecken können! Die Deserteure sind Schulte, die nach Hause gelaufen sind und ihre Kameraden in den Schützengräben im Stich gelassen haben! Jeder Deserteur ist ein Verräter, der Strafe verdient...“ Festige Bewegung. Rufe: „Da wolno! Tschel!“ Kamenew schlug vor, die Beschlußfassung über die Frage der Regierung zu überlassen.

Um halb drei verlas Kamenew unter gespannter Aufmerksamkeit des ganzen Kongresses das Dekret über die Konstituierung der Regierung.

„Bis zum Zusammentritt der konstituierenden Verammlung wird eine provisorische Arbeiter- und Bauernregierung gebildet, die den Namen „Rat der Volkskommissare“ trägt.“

Die Verwaltung der verschiedenen Zweige der Staatsaktivität wird Kommissionen anvertraut, die so zusammengesetzt sind, daß die Durchführung der Kongreßbeschlüsse in enger Gemeinschaft mit den Massenorganisationen der arbeitenden Männer und Frauen, der Matrosen, Soldaten und Bureauangestellten sichergestellt ist. Die Regierungsgewalt liegt in den Händen eines Kollegiums, das sich zusammensetzt aus den Präsidenten dieser Kommissionen, d. h. dem Rate der Volkskommissare.

Die Kontrolle über die Volkskommissare und das Recht, sie abzuweihen, ist Sache des Allrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten und seines Zentral-exekutivkomitees.

Noch immer tiefe Stille. Und dann, als Kamenew die Liste der Kommissare verlas, stürmischer Jubel nach jedem Namen, vor allem nach Lenin und Trozki.

Vorsitzender des Rates: Wladimir Iljitsch Lenin.
Inneres: Kglow.
Landwirtschaft: Mikjutin.
Arbeit: Schjapnikow.
Heer und Flotte: Ein Komitee, zu dem gehören aus Dswesjejenko (Antonow), Krjlenko und Dsibentso.

Handel und Industrie: Rogin.
Unterricht: Lunatschski.
Finanzen: Skworilow (Stepanow).
Außeres: Bronstein (Troski).
Justiz: Oppolow (Pomow).
Ernährung: Theodorowitsch.
Post und Telegraph: Wolow (Glebow).
Präsident der Nationalitäten: Dschugatschwi (Stalin).
Eisenbahnen: Beschung auf später verschoben.

Der zweite Allrussische Sowjetkongreß wurde geschlossen. Die Delegierten eilten nach Hause, in alle Windrichtungen Rußlands, um zu berichten, was sich Gewaltiges abgespielt hatte.

Ende

FREITAL-POTSCHAPPEL

Uhren- und Goldwaren Gerhard Nitsche Untere Dresdener Straße 81

Kreuz-Drogerie Farben-Werke, Unt. Dresdener Str. 112

Vorteilhafte Einkaufsquelle sämtlicher Herren-Artikel, Filz- u. Pelzwaren Bruno Köper

Blumenbinderei O. Jahn, Untere Dresdener Straße 94

Sigaren-Spezialgeschäft Hans Ringe, Untere Dresdener Straße 86

Mästen / Beilen / Doffermaterial Wenzel, Seilererei

Damenhüte / Wetterkappen Geschw. Wansky

Seifen / Parfümerien M. Berg

Zigaren / Zigaretten Karl Zieschang

Fleisch- u. Wurstwaren Hermann Wagner

Zigaren / Zigaretten Albin Gläßer

Pelze, Herren-Artikel, Schirme Helene Fischer

Gute Schuhwaren

Refferichsmeierei und Schmelerei

Manufaktur- und Modewaren Carl Paul

Fische / Feinkost / Konserven Oskar Häbner

Tapissiererei, Weiß- u. Wollwaren M. Philipp

Blumenhaus Spittel

Tabakserie und Befestigungsgüter

Buch- und Papierhandlung

Glas / Porzellan / Bildereinfassung

Kolonialwaren und Delikatessen O. Marlo

Reder / Felle / Därme Julius Arnold

Blumenbinderei O. Jahn

Sigaren-Spezialgeschäft Hans Ringe

Mästen / Beilen / Doffermaterial Wenzel

Damenhüte / Wetterkappen Geschw. Wansky

Seifen / Parfümerien M. Berg

Zigaren / Zigaretten Karl Zieschang

Fleisch- u. Wurstwaren Hermann Wagner

Uhren / Goldwaren Alfred Gläßer

Albin Forke

Damen- und Kinderhüte Dreßler & Fischer

Kolonialwaren M. Gilling

Otto Silbermann

Oberlausitzer Textilwaren-Fabrik Geiliger

Broi-, Weiß- und Feinbäckerei J. Ziegler

Herrn-Mode-Haus Knulke

Fuhrmann's Residenz-Bazar

FREITAL-BIRKIGT

Weymanns Restaurant

Dampfdruckerei Bruno Berth

GITTERSEE Uhren- u. Goldwaren

Bäckerei und Konditorei Kurt Pöschel

Franz Hauptmann

Baumaterialien- u. Holz- u. Kohlenhandlung

COSCHUTZ Oswald Herm. Plezsch

Elisabeth-Drogerie

Max Nitzsche

COSSMANNSDORF Paul Mühlbach

Gasthof zum Rabenauer Grunde

Hermann Linke u. Frau

Bäckerei und Konditorei Rudolf Kunze

Paul Bretschneider

THARANDT Paul Wenzel

FREITAL-ZAUCKERODE Holz, Briketts, Kohlen

Richard Müller

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

FREIBERG Das gute Riebeck-Bier

SCHOKOLADE / KAKAO PAUL KUHN

JOHANNES KNOPF

Möbel- u. Sarglager Günther & Sohn

Kleiderstoffe Wäsche / Linoleum

LAUSSNITZ „Lutheralche“

Max Riemer

OTTENDORF-OKRILLA Hermann Krüger

E. Großmann

O. König

S. Wörche

Schwarzes Roß

DRESDEN LEUBEN Feine Fleisch- u. Wurstwaren

BISCHOWSWERDA

Modewaren - Konfektion PAUL SEIDEL

Gehr. Glasold

Schubhaus Max Brückner

Stieb- u. Kunt-Prüfen

A. Hitzschka-Kneschke

Schuhhaus Oskar Kind

S. Brademann

Musikhaus Paul Blesold

Fahrräder, Nähmaschinen

Schuhwarenhaus Erich Hornum

Möbelhaus R. Fröhlich

Rudolf Lummer

Kammer-Lichtspiele

Emil Waldauer

Ludwig Resch

Herm. Lorenzsch

Feinbäckerei, Konditorei

Bischofswerdaer Käseerei

H. Fleisch- u. Wurstwaren

GLASHUTTE Gasthof „Zur Sonne“

M. Brückner

Paul Mendel

Fleischer R. Meinhold

Zigarrenhause „Nubertus“

WEINBOHLA H. Pomper

STRUPPEN Kolonialwaren

Mittel-Gasthof

DEMITZ-THUMITZ Richard Bräsch

Paul Haufe

Erwin Heinrich

Martin Hertler

Martin Rigschel

Paul Holtsch

Paul Rahn

LAUSA-WEIXDORF in Sa

Max Göttschel

NEUKIRCH / LAUSITZ

Otto Schlenker

Berthold's Schenkwirtschaft

Lina Wefel

Gasthof zum Erbericht

Carl Schöffig

M. SCHRAMM

Nahschneiderei

Wolfgang Brincke

A. GLATTE

Arthur Schulze

Walter Belfer

Ernst Bittner

HEIDENAU Gasthaus Lindenhof

E. Pavel

Walter Kaschner

Bubikopf-Schnitt

Friedrich Schön

Gustav Köblers Nachf.

Paul Sieber

Robert Hühnen

Möbel und Polsterwaren

Gasthaus Reibskrone

Paul Leopold

H. Fleisch- u. Wurstwaren

Bäckerei, Konditorei

Schützenhaus Heidenau

Bierhandlung

Rudolf Stöcker

Schuhzentrale Heidenau

Fahrräder - Nähmaschinen

Herren- und Damenfriseur

HEIDENAU-GOMMERN Kolonialwaren

PIRNA Textilwaren

KLOTZSCHE Georg Groß

Adolf Stark

John Czak

LAUSA-WEIXDORF in Sa

Max Göttschel

Paul Holtsch

Paul Rahn

LAUSA-WEIXDORF in Sa

Max Göttschel

John Czak

John Czak

John Czak